



## 49. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 25. Januar 2019

Mitteilungen des Präsidenten .....	3	<b>3 Die Landesregierung muss Ankündigungen auch Taten folgen lassen: Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet ist dringend geboten</b>	
<b>1 Akzeptanz für unser Asylrecht erhalten – Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsstaaten anerkennen</b>		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/4807 .....	23
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/4886 .....	3	Andreas Becker (SPD).....	23
Dietmar Panske (CDU).....	3	Henning Rehbaum (CDU).....	24
Marc Lürbke (FDP) .....	4	Ulrich Reuter (FDP).....	25
Lisa-Kristin Kapteinat (SPD).....	6	Johannes Rimmel (GRÜNE) .....	25
Berivan Aymaz (GRÜNE).....	7	Nic Peter Vogel (AfD).....	26
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	9	Minister Hendrik Wüst.....	27
Marcus Pretzell (fraktionslos) .....	10	Ergebnis.....	28
Minister Dr. Joachim Stamp .....	11	<b>4 Umweltverträgliche Zusammensetzung und Entsorgung von Reitböden in NRW sicherstellen!</b>	
Daniel Sieveke (CDU) .....	12	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/4793 .....	28
Monika Düker (GRÜNE).....	14	Ergebnis.....	28
Stefan Lenzen (FDP).....	15	<b>5 Den Arbeitern in der Automobilbranche in NRW den Rücken stärken: Förderung der E-Mobilität umgehend stoppen und Ausbeutung von Mensch und Natur unterbinden</b>	
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	16	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/4804 .....	28
<b>2 Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit von Integrationskursen verbessern</b>		Christian Loose (AfD).....	28
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/4445 .....	17	Björn Franken (CDU) .....	29
Heike Wermer (CDU) .....	17	André Stinka (SPD).....	31
Stefan Lenzen (FDP).....	18	Bodo Middeldorf (FDP) .....	34
Ibrahim Yetim (SPD).....	19		
Berivan Aymaz (GRÜNE).....	20		
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	21		
Minister Dr. Joachim Stamp .....	22		
Ergebnis .....	23		

Horst Becker (GRÜNE) .....	35
Minister Lutz Lienenkämper .....	38
Christian Loose (AfD) .....	39
Ergebnis .....	40
<b>6 Fit für die Zukunft und für neue Zielgruppen – Kunst- und Kulturbetrieb wird digital</b>	
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/4635 .....	40
Bernd Petelkau (CDU).....	40
Lorenz Deutsch (FDP).....	41
Andreas Bialas (SPD).....	41
Arndt Klocke (GRÜNE).....	42
Sven Werner Tritschler (AfD) .....	43
Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen.....	43
Ergebnis .....	45

**Entschuldigt waren:**

Minister Karl-Josef Laumann  
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Katharina Gebauer (CDU)  
Gregor Golland (CDU)  
Olaf Lehne (CDU)  
Charlotte Quik (CDU)  
Petra Vogt (CDU)

Guido van den Berg (SPD)  
Georg Fortmeier (SPD)  
Andreas Kossiski (SPD)  
Hannelore Kraft (SPD)  
René Schneider (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE)  
Josefine Paul (GRÜNE)  
Norwich Rüsse (GRÜNE)

Roger Beckamp (AfD)  
Andreas Keith (AfD)

Alexander Langguth (fraktionslos)

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident André Kuper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 49. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **16 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag hat heute niemand.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

**1 Akzeptanz für unser Asylrecht erhalten – Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsstaaten anerkennen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4886

Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit Schreiben vom 21. Januar gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dem genannten aktuellen Thema der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Als erstem Redner erteile ich für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Panske das Wort. Bitte schön.

**Dietmar Panske (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Asyl und Migration“ hat uns alle in den vergangenen Jahren sehr beansprucht. Ob es die Entscheider auf der Landes- oder Bundesebene, vor allem aber auf der kommunalen Ebene sind, ob es die unzähligen fleißigen ehrenamtlich engagierten Helfer in den Städten und Gemeinden sind, das Thema „Migration“ hat die Menschen in unserem Land bewegt, positiv wie mitunter auch negativ.

Das Thema „Asyl“ in seiner ganzen Bandbreite hat auch diejenigen getroffen und betroffen, die bei uns aus guten und berechtigten Gründen Schutz vor Krieg, vor Terror und vor Verfolgung suchen. Lassen Sie mich eines zu Beginn direkt feststellen:

An dem Grundrecht auf Asyl will die CDU – das betone ich ganz besonders – nichts verändern.

(Beifall von der CDU)

Ich betone es noch ein bisschen dezidierter: Für den individuellen Rechtsanspruch auf Asyl, das in unserer Verfassung aus guten Gründen verbrieftes Grundrecht, steht die CDU uneingeschränkt ein.

(Beifall von der CDU)

Was der Bundestag in Berlin jetzt verändern will, das ist doch im eigentlichen Sinne die Stärkung genau dieses Grundrechts. Dabei wollen wir den Bund unterstützen.

Deshalb werbe ich für die Ausweitung der Definition von sicheren Herkunftsländern auf die Staaten Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien. Genau deshalb fordere ich Sie auf: Lassen Sie uns heute aus Nordrhein-Westfalen heraus ein deutliches Signal für die Stärkung des Asylrechts senden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch blicken wir zunächst auf die Realität:

Realität ist doch, dass die Anerkennungsquoten von Antragstellern aus Marokko, Tunesien, Algerien, Georgien äußerst – ich betone: äußerst – gering sind.

Realität ist, dass die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus diesen Ländern zwischen 1 und 3 % liegen; bei Tunesien sind es 5 %.

Realität ist, dass alle Anträge rechtsstaatlich – häufig nach einem sehr langen Verfahren mit allen Rechtsmitteln – abgelehnt werden.

Realität ist, dass fast alle Anträge aus diesen Ländern nach den ersten Prüfungen sofort und unzweifelhaft erkennen lassen, dass sie mit dem Grundrecht auf Asyl rein gar nichts zu tun haben.

Realität ist, dass aus diesen Staaten viele junge Männer kommen, die zu einem deutlich höheren Anteil in Deutschland straffällig werden, als das bei anderen Gruppen von Asylsuchenden der Fall ist.

Realität ist auch, dass diese vier Staaten sicherlich keine lupenreinen Demokratien sind.

Realität ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass Flüchtlinge aus diesen Ländern nach einer Ausweitung der sicheren Herkunftsländer immer noch einen Schutzstatus in unserem Land erhalten können. Deutschland bliebe auch weiterhin ein sicherer Zufluchtsort für diejenigen, die berechtigt Schutz vor Verfolgung, Terror und Krieg suchen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zur Wahrheit gehört auch, dass viele dieser Verfahren – die Bearbeitung der Anträge durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Kapazitäten kosten und jeden Tag Kapazitäten binden:

Kapazitäten, die für eine schnelle Bearbeitung der wirklichen Asylfälle wichtig gewesen wären; Kapazitäten bei den zu betreuenden Behörden und ihren Mitarbeitern vor Ort – bei den Städten und Gemeinden –; Kapazitäten bei den vielen in der Flüchtlingshilfe engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die die Menschen, die zu uns kommen, offen aufnehmen

und ihnen vor Ort – ob dauerhaft oder vorübergehend – eine neue Heimat geben.

Die Erfahrungen mit den Westbalkanländern in den vergangenen Jahren haben doch gezeigt, dass ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist Legende! Da erzählen Sie Märchen!)

– Ich erzähle keine Märchen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, die Erfahrungen mit den Westbalkanländern in den vergangenen Jahren haben doch gezeigt, dass der Zuzug von dort,

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE]:)

sobald diese Länder zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden sind, massiv nachlässt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, Sie haben gleich Zeit und Gelegenheit, Ihre Sicht der Situation hier vorzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche Chancen bieten sich uns und der Stärkung des Asylrechts durch eine eng gefasste Ausweitung der Liste von sicheren Herkunftsländern?

Wir können schneller erkennen, wer wirklich Asyl benötigt. Wir finden schneller heraus, ob es persönliche Schicksale sind und jemand unter echter Verfolgung leidet oder ob jemand den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer nur auf sich nimmt, um eine bessere wirtschaftliche Lebenssituation zu erreichen.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Es geht um schnellere Verfahren und nicht um weniger Grundrechte. Es geht um schnelleres Erkennen von Hilfsbedürftigkeit und nicht um generelle Abschottung. Es geht um mehr Menschlichkeit und eben nicht um das Einschränken eines Menschenrechts.

Ganz im Gegenteil: Eine weitere Blockade der Bundesländer im Bundesrat führt doch zwangsläufig zu einer Überforderung der Verfahrensabläufe, zu einem Überborden der Verfahrenstiefe und letztendlich zu einem unnötigen Verzögern von besseren Lebensumständen, von besseren Lebensperspektiven und der Aussicht auf eine schnellere und bessere Integration für diejenigen, die wirklich Schutz und unsere Hilfe benötigen.

Daher mein Appell: Arbeiten wir doch gemeinsam und konstruktiv daran mit, dass unsere Gesellschaft und die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht dauerhaft überfordert werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Akzeptanz für unser Asylgrundrecht können wir nur dadurch erreichen und fortbestehen lassen,

wenn wir uns auf den Kern des Asylrechts und auf seine konsequente Umsetzung im Verfahrenswege konzentrieren.

(Beifall von der CDU)

Geben wir doch heute gemeinsam hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein starkes Signal. Das würde ein konsequentes verantwortliches staatliches Handeln zeigen und könnte – davon bin ich überzeugt – eine wichtige Signalwirkung für die anderen Bundesländer sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat Herr Abgeordneter Lürbke das Wort.

**Marc Lürbke (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe fast ein Déjà-vu. Im Grunde ist es schon ein wenig wie im Jahr 2017. Alle sind sich einig, dass die Einstufung der Maghrebstaaten und von Georgien als sichere Herkunftsländer sachlich richtig und geboten ist, aber die Grünen pflegen offenbar lieber ihr Ego und haben angekündigt, die Entscheidung im Bundesrat – aus kaum erklärbaren Gründen – zu blockieren.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist sachliche Politik der Grünen!)

Diese ablehnende Haltung der Grünen

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

ist nicht nur besonders gefährlich und gravierend für Nordrhein-Westfalen, sondern sie schadet auch vehement der öffentlichen Akzeptanz des Grundrechts auf Asyl.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Um direkt mit einem oft gehörten Märchen aufzuräumen: Durch die Anerkennung als sichere Herkunftsländer verliert in Wahrheit kein einziger Flüchtling sein Asylrecht,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

sondern die Asylverfahren für Flüchtlinge aus diesen Ländern werden beschleunigt, und die Antragsteller können nach einer Ablehnung rascher abgeschoben werden.

Es geht dabei auch um Signale; denn eine solche Einstufung hat natürlich eine Signalwirkung.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Welche denn?)

Die illegale Zuwanderung aus dem Westbalkan beispielsweise

(Zuruf Berivan Aymaz [GRÜNE])

ist nach der Einstufung als sichere Herkunftsländer und einem gleichzeitig erleichterten Zugang zu Arbeit deutlich gesunken. Das hat auch damit zu tun, dass wir damit ein Signal ausgesendet haben: Es lohnt sich eben nicht mehr, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen über das Asylsystem zu uns zu kommen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dieses Signal müssen wir auch für den Maghreb und für Georgien senden, meine Damen und Herren.

Dabei ist doch völlig unstrittig: Auch wir wollen weiter Flüchtlingen Zuflucht gewähren, die Schutz vor Krieg, Terror und Verfolgung suchen.

Wenn man aber das Grundrecht auf Asyl erhalten möchte, dann muss man eben auch konsequent rechtsstaatlich durchsetzen, dass diejenigen, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen, so wie wir das hier in Nordrhein-Westfalen mit unserem Flüchtlingsminister Dr. Joachim Stamp konsequent machen.

Das Problem ist aber: Die Anerkennungsquote liegt in den vier betroffenen Ländern Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien inzwischen unter 2,5 %. Sicher darf man nicht die Augen davor verschließen – Kollege Panske hat es gerade gesagt –, dass es sich bei diesen Ländern nicht um lupenreine Demokratien handelt. Wir wissen, dass es dort individuelle politische Verfolgung auch von Homosexuellen und Journalisten in Einzelfällen gibt.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Aber genau diese Einzelfälle werden auch weiterhin Asyl erhalten.

(Widerspruch von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Genau deswegen hat der Innenausschuss des Bundestages eine Änderung

(Unruhe – Glocke)

des Gesetzentwurfs vorgenommen

(Christof Rasche [FDP]: Unfassbar!)

und ihn um den Zugang zu einer speziellen Rechtsberatung erweitert. Denn es ist völlig klar, dass individuell Verfolgte die faire Chance haben müssen, ihren Fall darzulegen und in einem Verfahren sorgsam und richtig beschieden zu werden. Durch die systematische Rechtsberatung wird sichergestellt, dass individuell Verfolgte auch in einem abgekürzten Verfahren einen Schutzstatus erhalten können.

Umso weniger, liebe Grüne, kann ich Ihre angekündigte grüne Blockadehaltung nachvollziehen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, das ist ein stures Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand. Ihnen geht es gar

nicht um Lösungen für Nordrhein-Westfalen, um Lösungen für Deutschland,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

sondern Ihnen geht es ganz offensichtlich um pure grüne Ideologie.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ja, Frau Beer, ich höre Sie schreien. Frau Beer, man kann ja gegen Konzepte sein, aber was ist denn Ihre Lösung? Einfach weiter so?

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir schicken also die Leute, die von Anfang an keine Aussicht auf Schutz haben, auf gefährliche Reisen, und die weiteren Probleme lösen dann Ihrer Meinung nach die Menschen im BAMF, die Gerichte und am Ende unsere Polizeibeamten auf der Straße im Kampf gegen Kriminalität?

(Widerspruch von Sigrid Beer [GRÜNE])

Oder unsere Beamten mit den Abschiebungen?

(Widerspruch von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP und der CDU)

Sie wissen doch ganz genau, Frau Beer, dass Nordrhein-Westfalen davon besonders betroffen ist. Die Realität sieht eben anders aus als die heile grüne Welt. Wir verschließen nicht die Augen davor.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Insbesondere aus den Maghrebstaaten kommen viele junge Männer zu uns nach Nordrhein-Westfalen, die zu einem deutlich höheren Anteil straffällig werden als andere Asylsuchende. Das wissen Sie ganz genau, und trotzdem setzen Sie weiterhin nur ein Signal des Willkommens, aber kein Signal, dass Rechtsstaatlichkeit auch immer durchgesetzt werden muss.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von Berivan Aymaz [GRÜNE])

– Ich mache direkt weiter mit Ihnen.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE] – Zurufe von der FDP und der CDU)

– Sie haben anscheinend auch kein Bewusstsein dafür, welche Herausforderung unzählige Asylverfahren ohne Aussicht auf Erfolg für deutsche Behörden und Gerichte über viele Instanzen hinweg darstellen. Ich habe das Gefühl, Sie wollen mehr Ihr Ding durchdrücken, und das auf dem Rücken von Richtern, Behördenangestellten und Polizeibeamten,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Widerspruch von Berivan Aymaz [GRÜNE])

die mit Fällen konfrontiert sind, bei denen zu mehr als 97 % von Anfang an klar sein könnte, dass gar kein Schutzgrund gegeben ist.

Es ist Ihnen anscheinend auch völlig egal, was diese irrationale Haltung mit unserem Land und dem öffentlichen Diskurs macht.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ich verstehe das nicht, und ich glaube, die Menschen draußen im Land verstehen das auch nicht mehr.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, mit der angekündigten Haltung

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ihrer Partei, sich in dieser Form gegen diese richtige und notwendige Entscheidung des Bundestags zu stellen, leisten Sie den Populisten Hilfe und den Geflüchteten einen Bärendienst.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von den GRÜNEN)

Denn wie sieht es denn aus? Die Klassifizierung als sichere Herkunftsstaaten ist in Wahrheit nur die Umkehr der Beweislast. Möglicherweise kommt sogar hinzu, dass man sich die Einzelfälle noch genauer anschauen kann, weil dann einfach Kapazitäten frei werden.

Wenn durch eine spezielle Rechtsberatung aufgeklärte Flüchtlinge aus Algerien, Marokko und Tunesien gezielt ausführen können, was ihnen im Heimatland aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer Religion widerfahren ist, dann sinkt doch die Gefahr, dass einzelne Aspekte untergehen oder fälschlicherweise nicht berücksichtigt werden.

Also tun Sie bitte nicht so, als wäre eine solche Einstufung das Ende des Asylrechts. Bringen Sie nicht immer alles durcheinander. Bitte vergleichen Sie in der Debatte nicht immer Tomaten mit Gurken.

Die Anerkennung als sichere Herkunftsländer ist eine pragmatische Gewährung des Flüchtlingsschutzes. Es kommt darauf an, klarzumachen, wer gute Chancen hat und bei wem das eben nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren, liebe Grüne, lassen Sie besonders im Interesse von Nordrhein-Westfalen nicht zu, dass Ihre Parteifreunde diese Entscheidung im Bundesrat aufs Spiel setzen. Es wäre grob fahrlässig, die Akzeptanz des Grundrechts auf Asyl erneut mit Ihrer ideologischen Blockade zu gefährden.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD hat nun die Abgeordnete Frau Kapteinat das Wort.

(Zurufe von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Lisa-Kristin Kapteinat\*** (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Sagen Sie einfach Bescheid, wenn Sie fertig sind.

**Präsident André Kuper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde darum bitten, der Rednerin das Wort zu gönnen.

(Erneut Zurufe – Christof Rasche [FDP]: Unfassbar, der Vergleich!)

**Lisa-Kristin Kapteinat\*** (SPD): Vorab: Hier wurde gerade darüber diskutiert, dass wir vier Länder als sichere Herkunftsländer ...

(Fortgesetzt Zurufe)

Entschuldigung, darf ich?

(Unruhe – Glocke)

FDP und CDU haben diesen Antrag im Rahmen einer Aktuellen Stunde eingebracht. Sie halten es für notwendig, darüber zu diskutieren. Wenn Sie dann die ersten 40 Sekunden meiner Redezeit ablaufen lassen, um sich intern mit irgendjemandem zu streiten,

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

finde ich das der Sache gegenüber respektlos.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Gleiches gilt übrigens für den Egovorwurf in Richtung der Grünen. Es ist respektlos, es so darzustellen, als sei Skepsis in diesem Fall nicht angebracht, als sei dies kein Thema, bei dem man ganz genau überlegen muss, was das für den Einzelnen bedeutet, als müssten wir uns nicht klarmachen, dass es in unseren aktuellen Verfahren auch immer wieder Flüchtlinge gibt, die vielleicht nicht so behandelt werden, wie es aufgrund des Asylrechts angebracht wäre.

Gleichwohl geht es darum, zu überlegen, was der Bundestag verabschiedet hat. Der Bundestag hat gesagt: Wir wollen vier Länder als sichere Herkunftsländer qualifizieren. Wir wollen den Menschen aus diesen Ländern, die tatsächlich einen Anspruch auf Schutz haben, weiterhin die Möglichkeit geben, Schutz in Deutschland zu erhalten – aber eben mit einer geänderten Beweislage.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Trotzdem – ich glaube, das wurde mit meiner Vorbe-merkung schon deutlich – ist das keine Entsch-iedung, die der SPD leichtgefallen ist. Denn wir wissen alle – da darf sich niemand etwas vormachen –, dass es in diesen Ländern auch Personengruppen gibt, die verfolgt werden.

Nicht umsonst war das der Punkt, weshalb unsere Bundestagsfraktion gesagt hat, dass wir für diese Gruppen eine gesonderte Rechtsberatung brauchen. Wir müssen sicherstellen, dass diese Menschen im Zuge ihres Asylverfahrens alle Unterstützung an die Hand kriegen, um dieses womöglich bestehende Recht auch durchzusetzen. Denn es ist sehr schwierig, hier ohne Kenntnis des Systems Asyl zu beantra-gen, wenn man gleichzeitig aus einem Land kommt, in dem man nicht einmal laut über seine sexuelle Ori-entierung, seinen Glauben oder seine Vorstellung von einem freien Journalismus reden darf.

Deswegen haben wir § 29a Asylgesetz ausgehan-delt, und wir werden sehr genau darauf achten, dass das auch gewährleistet ist.

Für mich ist insbesondere nach der Vordebatte nicht ganz klar, warum wir das Thema heute in einer Aktu-ellen Stunde diskutieren. Denn meines Wissens war NRW im Bundesrat kein sogenannter Wackelkandi-dat. Und aus den beiden vorhergegangenen Reden ist auch nicht deutlich geworden, dass CDU und FDP überlegen, was ihr Abstimmungsverhalten angeht.

Wir müssen aber auch darüber nachdenken: Was bedeutet dieses Gesetz in der Realität? Bisher ha-ben weniger als 2 % der Schutzsuchenden aus die-sen Ländern tatsächlich Anspruch auf Asyl. Das heißt, selbst wenn man davon ausgeht, dass viel-leicht der eine oder andere Entscheid zu ihren Lasten fehlerhaft entschieden wurde, sind weitere 90 % der Verfahren hoffnungslos, belasten unsere Behörden, Gerichte vor Ort und in der Konsequenz nicht nur die Schutzsuchenden, die aus sehr guten Gründen, son-dern auch diejenigen, die vielleicht aus anderen Gründen gekommen sind.

Ich glaube nicht, dass man sich in Lebensgefahr be-gibt, nur um wirtschaftlich etwas besser dazustehen. Aber auch diese Menschen werden belastet. Denn sie geben vor Ort einen Teil ihres Zuhauses auf, ver-lassen ihre Familie, geben unter Umständen ihren Job auf, um dann nach einer gewissen Zeit zu mer-ken: Nein, in Deutschland habe ich auch keine Per-spektive.

Wichtig kann auch Folgendes sein, um bestimmten Märchengeschichten von Schleppern etwas entge-genzusetzen: Wenn wir uns angucken, was sich bei den Balkanländern in den letzten Jahren verändert hat, so stellen wir einen deutlichen Rückgang der An-träge von Nichtberechtigten fest, während gleichzei-tig die Schutzquote der tatsächlich Zuerkannten so-gar leicht gestiegen ist.

Gleichzeitig müssen wir uns aber fragen: Was bringt uns das? Denn wir sprechen hier nicht von einer sehr überschaubaren Zahl von Flüchtlingen, sondern schon von einer fast nicht mehr sichtbaren Zahl von Flüchtlingen, die aus diesen Staaten kommen. Das heißt, die Problematik, die gerade zum Teil aufgefä-ichert wurde, besteht so gar nicht.

Das ist auch nicht die große Lösung. Wenn wir uns angucken, dass wir allein im letzten Jahr 15.493 aus-reisepflichtige Personen ohne Duldung in Nordrhein-Westfalen hatten, dann merken wir: Wir brauchen vielleicht eine gewisse Zeit, bis wir an den Punkt kommen, dass jemand vollziehbar ausreisepflichtig ist, aber an diesen Punkt kommen wir.

Die Problematik liegt also ganz woanders. Wir müs-sen sehen: Wie verhält es sich mit fehlenden funkti-onierenden Abkommen, was Herkunftsländer angeht? Warum funktioniert der Innenminister da nicht? Was ist mit fehlenden Passersatzpapieren? Was ist mit Ländern, die zum Teil ein fehlendes Interesse da-ran haben, ihre eigenen Staatsbürger wieder zurück-zunehmen?

Das sind Dinge, die tatsächlich helfen könnten, die Situation zu entspannen, und nicht diese aufge-bauschte Debatte heute Morgen zur Anerkennung von sicheren Herkunftsländern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kolle-gin. – Für die Fraktion der Grünen erteile ich der Ab-geordneten Frau Aymaz das Wort.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Prä-sident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokra-tischen Fraktionen! Ja, nachdem im Jahre 2017 die GroKo im Bundesrat damit gescheitert ist, die drei Maghrebstaaten Tunesien, Marokko und Algerien als sicher einzustufen, versucht die Bundesregierung nun erneut, die Maghrebstaaten und – neu dazuge-kommen – Georgien als sichere Herkunftsländer zu erklären.

Unsere Haltung zu dem Thema ist ganz klar. Mit uns wird es keine Anerkennung von Marokko, Algerien, Tunesien und Georgien als sichere Herkunftsländer geben.

(Daniel Sieveke [CDU]: Unfassbar! – Zurufe von der CDU, der FDP und der AfD)

– Herr Sieveke, hören Sie zu!

Denn wir Grüne lehnen eine derartige Symbolpolitik ab, die zum einen keinerlei Lösungen für die tatsäch-lichen Probleme anbietet

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

und zum anderen verfassungsrechtlich höchst fragwürdig ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

In einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ forderten Sie, Herr Minister Stamp, die Grünen kürzlich dazu auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Um eines deutlich zu machen: Es handelt sich hier nicht um eine Blockade

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von der CDU und der FDP)

– hören Sie zu? –, sondern um die klare Haltung der Grünen, eine Flüchtlingspolitik zu betreiben, die lösungsorientiert ist und gleichzeitig international verankerte Menschenrechte achtet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns zunächst einmal die aktuellen Zahlen der Asylanträge aus den genannten Ländern an, um uns ein realistisches Bild von der Lage zu machen. Von allen Asylanträgen, die im Zeitraum von Januar bis Dezember 2018 bundesweit eingegangen sind, kamen 2,5 % aus Georgien und 0,9 % aus Algerien. Marokko und Tunesien sind in den Statistiken erst gar nicht aufgeführt, weil sie sich unter 0,9 % befinden.

Die Zahlen für NRW fallen ähnlich niedrig aus. Daher kann ich es absolut nicht nachvollziehen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, in Ihrer Begründung für die Aktuelle Stunde davon reden, dass besonders NRW von einem Zuzug aus diesen Ländern betroffen sei.

Der drastische Rückgang der Asylsuchenden aus den drei Maghrebstaaten und Georgien zeigt doch, dass der immer wieder behauptete Zusammenhang, warum man angeblich eine Einstufung dieser Länder als sogenannte sichere Herkunftsstaaten dringend brauche, gar nicht besteht. Das Narrativ, das einige Vorredner, vor allen die Kollegen von CDU und FDP, hier vorgetragen haben, dass es ein wirksames Abschreckungsinstrument bräuchte, um die Zuzugszahlen aus diesen Ländern zu verringern, ist doch gerade vor dem Hintergrund der Faktenlage völlig absurd.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen sind die Zugangszahlen nach Deutschland für die Einstufung eines Landes als sicher sowieso gänzlich irrelevant. Denn ob ein Land tatsächlich sicher oder eben nicht sicher ist, muss sich ausschließlich nach der dortigen Menschenrechts- und Sicherheitslage richten.

Wie sieht es mit der Menschenrechtsslage in den genannten Ländern aus, die auch Sie, Herr Minister Stamp, zu sicheren Herkunftsstaaten machen wollen?

In Algerien wurden insgesamt 280 Angehörige der muslimischen Religionsgemeinschaft der Ahmadiyya aufgrund ihres Glaubens strafrechtlich verfolgt. Gegen viele von ihnen laufen immer noch Verfahren. So sieht es um die Religionsfreiheit in Algerien aus. Das sind keine Einzelfälle.

Darüber hinaus besteht immer noch ein unzureichender Schutz von Frauen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Liebe Abgeordnete, Männer, die in Algerien minderjährige Mädchen vergewaltigt haben, kommen straffrei davon, wenn sie ihre Opfer heiraten.

In Marokko häufen sich Berichte über unverhältnismäßige Gewalt gegenüber friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, die das Selbstbestimmungsrecht von Menschen in der Westsahara fordern. Amnesty International hat zahlreiche Hinweise dokumentiert, die auf eine systematische Folter in Marokko hinweisen. Das sind keine Einzelfälle, meine Damen und Herren. Dahinter steht eine Systematik.

Auch Tunesien befindet sich trotz einiger positiver Entwicklungen seit 2015 in einem politischen Ausnahmezustand, in dessen Zuge die Regierung zahlreiche willkürliche Verordnungen verhängt. Zahlreiche Menschen – 537 – wurden festgenommen.

Herr Minister Stamp, ist das der Maßstab, an dem Sie ein sicheres Herkunftsland messen? Schauen Sie doch einmal in das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinein.

Auch aus Georgien gibt es zahlreiche Berichte, die auf Folter und Misshandlungen hinweisen, ganz zu schweigen von der Situation der Pressefreiheit.

In Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien werden also grundlegende Menschenrechte – zum Beispiel die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit und das Folterverbot – massiv eingeschränkt.

Nicht zuletzt möchte ich auf die Situation von Schwulen, Lesben und Transgender eingehen. In Algerien, Marokko und Tunesien sind Homosexuelle nicht nur einer massiven gesellschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt. Homosexualität wird dort gesetzlich unter Strafe gestellt und verfolgt. Angesichts dessen von Einzelfällen zu reden, ist wirklich Skrupellosigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer auch nur eines dieser Länder zu einem sogenannten sicheren Herkunftsstaat erklärt, der missachtet nicht nur international verankerte Menschenrechte,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es ist unglaublich, was Sie hier vorgetragen!)

sondern auch die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts und des EU-Rechts, nach denen ein Land als ein sicheres Herkunftsland bestimmt werden kann.

(Dietmar Brockes [FDP]: Eine unverantwortliche Politik!)

Das machen wir Grüne nicht mit, meine Damen und Herren. Wir bezweifeln zutiefst, dass das Vorhaben der Bundesregierung, das Sie hier aus NRW unterstützen wollen, überhaupt verfassungskonform ist.

Lassen Sie mich abschließend noch auf ein zentrales und immer wieder aufgeführtes Argument eingehen, eine Einstufung als sogenannter sicherer Herkunftsstaat vereinfache die Abschiebung von vollziehbar Ausreisepflichtigen.

Entscheidend für Rückführungen sind doch bilaterale Abkommen und die Bereitschaft der jeweiligen Länder, die eigenen Bürger zurückzunehmen und dafür auch die notwendigen Dokumente auszustellen.

Wer in der Öffentlichkeit dennoch den Eindruck erweckt, mit der Einstufung von Ländern als sichere Herkunftsstaaten seien Abschiebungen schneller möglich, ...

**Präsident André Kuper:** Denken Sie bitte an die Redezeit.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** ... der argumentiert unseriös, setzt die Glaubwürdigkeit der Politik aufs Spiel und arbeitet im Endeffekt den Populisten in die Hände.

Wir Grüne werden mit aller Sorgfalt von populistischer Stimmungsmache getriebener Symbolpolitik mit klarem Kompass entgegnetreten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Marc Lürbke [FDP]: Das führt genau zum Gegenteil!)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD hat nun die Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hier handelt es sich um ein bundespolitisches Thema mit quasi offenem Ausgang. Daher ist auch die Relevanz für NRW heute noch gar nicht absehbar.

Im Bundesrat ist eine Blockade durch die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung erneut sehr realistisch. Denn wer prinzipiell jeden, der kommen möchte, aus ideologischen Gründen und wider jede

Vernunft aufnehmen möchte, der findet selbstverständlich auch typische Urlaubsländer unserer Bürger für die Einheimischen nicht sicher genug.

Warum also die Aktuelle Stunde, meine Damen und Herren? Ist es die mediale Ausschlichtung, bevor der Bundesrat Ihre Initiative kassiert?

Ja, politisch verfolgte Menschen gibt es selbstverständlich überall. Daher unterbindet der Beschluss des Deutschen Bundestages die Einzelfallprüfung und auch eine gerichtliche Überprüfung natürlich nicht.

Weil aber diese Aktuelle Stunde quasi eine Luftnummer wäre, gehen wir einfach einmal von dem unwahrscheinlichen Fall aus, dass die Initiative, Marokko, Tunesien, Algerien und Georgien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, den Bundesrat mit Zustimmung passiert.

Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP, lassen die Bürger für diesen Fall glauben, die Einstufung der zuvor genannten Länder als sichere Herkunftsstaaten löse die Probleme mit illegaler Migration recht umfänglich. Das ist natürlich nicht die ganze Wahrheit. Ich mache im Folgenden einmal deutlich, warum das nicht so ist.

Beschleunigt werden ausschließlich die Verfahren der Bundesbehörde, also des BAMF. Das selbstverständlich ein nicht zu verachtender Vorteil für alle Beteiligten und nicht zuletzt auch für die Antragsteller; denn sie haben schneller Sicherheit über ihren Bescheid. Aber auch schon heute könnten Antragsteller aus diesen Ländern natürlich größtenteils davon ausgehen, dass ihrem Antrag auf Asyl nicht stattgegeben wird.

Die Zahlen seit 2016 zeigen: Zum Beispiel im Fall der Antragsteller aus Georgien sind es weniger als 1 %, im Fall der Algerier weniger als 2 % mit einem positiven Bescheid. Im Fall der Marokkaner und Tunesier sind die Anerkennungsquoten in den letzten Jahren etwas mehr schwankend, aber nie höher als 4,1 % gewesen. Der Rest wird schon heute gemäß § 29a des Asylgesetzes als offensichtlich unbegründet abgelehnt.

Das heißt: In den genannten Staaten ist systematisch und durchgängig weder von Verfolgung oder von Folter oder von unmenschlicher, erniedrigender Bestrafung oder Behandlung noch von Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen Konflikts auszugehen.

Gemäß Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Bund sollen in den kommenden Jahren noch weitere Länder geprüft werden; denn es gibt derzeit mindestens 27 weitere Länder mit einer Anerkennungsquote unter 5 %. Den entsprechenden Antrag der FDP haben Sie, verehrte Damen und Herren der CDU, aber abgelehnt. Ich frage mich: Warum?

Im Fall von Georgien ließe sich die Aufenthaltszeit vermutlich messbar reduzieren.

Im Fall der Maghrebstaaten ist dies nur begrenzt zu erwarten; denn hier werden die Klärung der Identität, die Beschaffung der Ersatzpapiere und die fehlenden Rücknahmeabkommen eine schnelle Rückführung der dann inzwischen abgelehnten Antragsteller immer noch verhindern.

Allein die Nichtakzeptanz von Überstellungen mit Charterflügen oder die Begrenzung auf fünf Personen pro Flug ist eine große Behinderung durch die Rückaufnahmeländer. Hier sollte die Bundesregierung aktiv werden.

Wir erinnern uns auch gern an den Fall von Sami A., dem ehemaligen Leibwächter von Osama bin Laden, und daran, wie lange die Bundesregierung gebraucht hat, um die vom Gericht geforderte Notiz aus Tunesien zu bekommen.

Wer sich bei komplexen Problemen nur mit einer Teillösung befasst, wird auch nur Teilerfolge erzielen. Sie wie auch Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag verweigern sich dem wesentlichen Punkt, nämlich der Kontrolle an den Grenzen. Passersatzpapiere sind überhaupt nur deshalb erforderlich, weil Menschen ohne Papiere aus sicheren Nachbarländern bei uns einreisen, zum Beispiel über Spanien und Frankreich direkt bis Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, Schengen ist aktuell gescheitert. Trotzdem tragen Sie dieses Abkommen wie eine Monstranz vor sich her – und das, obwohl die EU von einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik sehr weit entfernt ist. Das Dublin-Abkommen ist offensichtlich auch nur dazu da, um es zu ignorieren.

Das Ergebnis wird trotz vieler Teilanstrengungen in vielen Fällen eine Kettenduldung oder vermutlich sogar ein Spurwechsel sein.

Trotz der Kritik an der Durchschlagskraft wäre die Zustimmung des Bundesrates für die Arbeit der Behörden und auch für die Arbeit der Gerichte hilfreich. Allein: Uns fehlt der Glaube an die Vernunft mancher, die offensichtlich einer ganz anderen Agenda folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Pretzell.

**Marcus Pretzell** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wenn man Frau Aymaz eben zugehört hat, muss man sich in der Tat die Frage stellen, ob man diese Länder als sichere Herkunftsstaaten einstufen

möchte oder nicht vielleicht doch lieber eine Reise-  
warnung aussprechen sollte,

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Die gibt es tatsächlich!)

wenn man das, was Sie hier heute geschildert haben, tatsächlich glauben möchte.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Es gibt eine Reise-  
warnung!)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass das, was Sie hier vorschlagen, ein guter erster Anfang ist. Ich habe allerdings auch nie Zweifel daran gehabt, dass ausgerechnet Nordrhein-Westfalen da ein Wackelkandidat werden könnte.

Mehr Sorgen bereitet mir zum Beispiel Baden-Württemberg – Grün-Schwarz. Dort ist Herr Kretschmann übrigens nicht ganz so klar, was die angeblich so klare Position der Grünen betrifft; er wackelt ziemlich zwischen der eigenen Partei und dem CDU-Koalitionspartner hin und her.

Richtig interessant wird am Ende aber Hessen sein, wo ein CDU-Ministerpräsident regiert. Ich bin sehr gespannt, wie er sich entscheidet. Das könnte nämlich unter Umständen das Zünglein an der Waage sein.

Ich finde es gut, dass Herr Lürbke sich heute so klar geäußert hat. Zumindest beim zweiten Teil seiner Rede würde ich sagen: Weniger hätte gereicht, um als rechtspopulistisch qualifiziert zu werden. Chapeau!

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

– Nein, das war großartig. Sie verstehen mich völlig falsch. Ich finde das toll, was Sie gesagt haben.

(Zurufe von der FDP und den GRÜNEN)

Sie werden aber an Folgendem scheitern – das geht an Ihre Adresse, meine Damen und Herren von der CDU –: Wir reden immer darüber, dass wir europäische Lösungen brauchen. Wir haben derzeit aber keine europäischen Lösungen, weil das Dublin-Abkommen de facto nicht funktioniert und völlig außer Kraft gesetzt ist.

Es gibt aber noch ein anderes Problem. Deutschland hat eine ziemlich singuläre Meinung, wie man das Asylrecht ausgestalten muss. Deutschland besteht auf dem Individualrecht auf Asyl, während unsere Nachbarstaaten dieses Individualrecht nicht kennen. Damit wird Deutschland weiterhin ein Magnet vor allem für diejenigen bleiben, die wissen, dass sie keinen Anspruch auf Asyl haben, weil die innerstaatlichen Hürden für die Ablehnung und Abschiebung von Menschen, die keinen Asylgrund haben, nirgendwo so groß sind wie in Deutschland.

Wenn Deutschland an dieser Stelle nicht auf europäisches Niveau aufschließt – und das heißt eben, den

Individualanspruch aufzugeben – und sich hier europäischen Lösungen verschließt, wird es auch auf absehbare Zeit keine durchführbare europäische Regelung geben. – Herzlichen Dank.

**Präsident André Kuper:** Danke schön. – Für die Landesregierung spricht nun Minister Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich für Nordrhein-Westfalen und unsere Landesregierung noch einmal klarstellen, weil das vom Vorredner hier eben wieder relativiert wurde: Für uns steht das individuelle Asylrecht, das Grundrecht auf Asyl in unserer Verfassung, nicht zur Disposition.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Kollegin Aymaz, wir können gerne darüber streiten, welche Wirkung die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer insgesamt haben kann. Sie ist zwar nicht das Allheilmittel für alle Fragen, aber ein wesentlicher Baustein, um mehr Ordnung in unser System zu bekommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn Sie darauf verweisen, die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer habe, wie es vorhin der Zwischenruf deutlich machte, beim Balkan keine Wirkung entfaltet, sondern das sei schon vorher der Fall gewesen, dann ist das nur die halbe Wahrheit.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben das doch 2014 erlebt. Ich kann mich noch an die Telefonschaltungen mit dem damaligen Innenminister Jäger erinnern. Wir hatten immer wieder die Situation, dass es einen Peak von Zuwanderung erst aus Albanien und dann aus dem Kosovo gegeben hat. Wären wir rechtzeitig vorbereitet gewesen und hätten damals bereits die Balkanländer als sichere Herkunftsländer ausgewiesen gehabt, hätten wir diese Personen innerhalb von Wochenfrist zurück-schicken können und wären ganz anders auf das, was dann 2015 gekommen ist, vorbereitet gewesen. Dann wären unsere Einrichtungen nicht voll gewesen. Dann hätten wir an dieser Stelle zügige Verfahren gehabt. Das wäre ein großer, wertvoller Schritt gewesen.

Dass wir das nicht getan hatten, hat auch dazu geführt, dass die Situation 2015 dann so schwierig geworden ist. Das eine hängt ja mit dem anderen zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn wir jetzt konkret über die Länder sprechen, deren Situation hier im Raum steht, dann geht es bei-

spielsweise auch um Georgien. Wir haben in Georgien ja im vergangenen Jahr wieder genau die Situation erlebt, dass Kräfte – zum Teil auch aus dem Umfeld der organisierten Kriminalität – ganz gezielt und ganz bewusst versuchen, in diesen Ländern eine Bewegung in Gang zu setzen und Leute aus Georgien mit völlig falschen Versprechungen nach Deutschland zu schicken.

Wir hätten die Probleme, die wir in der Zentralen Unterbringungseinrichtung in Oerlinghausen gehabt haben,

(Daniel Sieveke [CDU]: Genau!)

in dieser Form nicht gehabt, wenn Georgien bereits als sicheres Herkunftsland ausgewiesen wäre

(Beifall von der CDU und der FDP)

und wir sie ruck, zuck hätten zurückführen können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

– Natürlich ist das so, Frau Aymaz.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

– Frau Aymaz, lassen Sie mich bitte weiter ausführen. Ich werde Ihnen das schon erklären. Vielleicht werden Sie es ja im Verlaufe der Debatte auch noch nachvollziehen können.

Wir sprechen darüber hinaus über die Maghrebstaaten. Sie sagen zu Recht: Das Hauptproblem, das wir bei den Rückführungen in die Maghreb-Staaten haben, sind die fehlenden Abkommen mit den entsprechenden Ländern – fehlende Charter usw.

Das ist etwas, was ich quasi tagtäglich immer wieder bei der Bundesregierung einfordere. Ich bin auch der Meinung, dass Horst Seehofer hier viel angekündigt hat, aber viel zu wenig leistet. – Das ist der eine Punkt.

(Beifall von der FDP)

Auf der anderen Seite müssen wir allerdings Folgendes sehen: Die Zahlen sind zwar quantitativ nicht so hoch. Ich möchte auch keinen Generalverdacht gegenüber alleinreisenden Männern aus Nordafrika aussprechen. Aber wenn wir uns insgesamt die Fälle ansehen, erkennen wir schon, dass es bei dieser Gruppe der Alleinreisenden aus Nordafrika ein erhebliches Problempotenzial gibt.

Deswegen müssen wir alle Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, auch entsprechend nutzen. Dazu gehört eben auch, die Verfahren abzukürzen und ein klares Signal zu geben, dass hier innerhalb von wenigen Wochen über den Antrag entschieden wird und es dann zur Rückführung kommen soll.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Dadurch, dass wir mit dem Bund auf Arbeitsebene sehr gut zusammenarbeiten, beispielsweise mit der Taskforce Marokko, sind wir an dieser Stelle schon sehr viel weitergekommen. Nur müssen wir das dann auch exekutieren können. Dafür ist die Verfahrensbeschleunigung einfach unglaublich wichtig.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen brauchen wir an dieser Stelle die Ausweisung als sicheres Herkunftsland.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Aymaz, Sie haben gerade argumentiert, dass es in Marokko auch Verfolgung oder zumindest Diskriminierung gibt. Wir haben über Lesben, Schwule und Transgender gesprochen. Ich bin in Marokko gewesen. Ich kenne auch die Situation von Bloggern und Journalisten. Im Einzelfall gibt es das. Das ist gar keine Frage.

In dem Gesetzentwurf der Großen Koalition ist aber klar beschrieben – Kollege Lürbke und andere haben hier schon darauf hingewiesen; Frau Kapteinat hat es auch angesprochen –, dass es eine institutionalisierte Rechtsberatung für diese Gruppen geben soll, um sicherzustellen, dass auch in einem abgekürzten Verfahren genau diese Leute auf jeden Fall einen Status bekommen.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Das ist im Übrigen, Frau Kapteinat, nicht eine Erfindung der Großen Koalition, sondern das Ergebnis eines langen Gespräches und einer guten Verhandlung, die ich damals in Berlin mit der Kollegin Claudia Roth geführt habe. Frau Roth hat ja ein sehr eigenes Image und gehört auch innerhalb der Grünen nicht gerade zum rechten Flügel. Aber sie ist in der Sache zumindest gut im Stoff.

(Berivan Aymaz [GRÜNE] führt ein Gespräch mit Monika Düker [GRÜNE].)

– Frau Aymaz, wenn Sie zuhören, lernen Sie es vielleicht irgendwann auch noch einmal.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt hören Sie doch einmal auf! Meine Güte! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Aber sie ist dialogfähig.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Wir haben die Sachen damals besprochen und einen guten Kompromiss gefunden.

Ich halte es für wichtig, dass man für die kleine Gruppe derjenigen, die tatsächlich Probleme haben, über eine institutionalisierte Rechtsberatung hier einen Status ermöglicht.

Deswegen finde ich es wirklich unverantwortlich, Frau Kollegin, wenn Sie sich jetzt hier aufbocken, et-

was zu einem Dogma machen, hinter das zurückfallen, bei dem kluge Leute in Ihrer Partei schon längst zu Kompromissen bereit gewesen wären, und hier ein für alle Mal erklären, eine Ausweitung von sicheren Herkunftsländern komme für Sie nicht infrage. Das ist Vogel-Strauß-Politik: Kopf in den Sand; mir ist alles egal.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, dass wir trotzdem die Hoffnung nicht aufgeben sollten. Wir werden jedenfalls als Landesregierung im Vorfeld der Bundesratsentscheidung versuchen, die Gesprächskontakte, die wir haben, zu nutzen, um zu sehen, ob man nicht insgesamt zu einer großen Lösung kommen kann.

Dazu gehören die sicheren Herkunftsländer als ein Baustein.

Wir brauchen aber insgesamt – das ist auch die Haltung dieser Regierung – endlich klare Verbesserungen in der Frage der Verfahren und beim Rückkehrmanagement, aber genauso – dazu werden wir Ihnen demnächst unseren Erlass präsentieren – Lösungen für die bessere Integration gut integrierter Geduldeter.

Ich glaube, dass wir – wir sprechen ja gleich auch noch über Integrationskurse – die großen Herausforderungen von Migration und Integration gemeinsam zwischen den demokratischen staatstragenden Parteien in diesem Land regeln sollten. Dann gibt es weniger Angriffsmöglichkeiten für Populisten von rechts, aber auch von links. Das ist unsere Verantwortung. Die Menschen in Deutschland sind die ganzen leidigen Symboldebatten leid. Sie wollen vernünftige Lösungen und ein vernünftiges Gesamtpaket. Daran werden wir arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Ich darf darüber informieren, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:57 Minuten überzogen hat. Im Bedarfsfall geben wir diese Zeit allen Fraktionen in der nächsten Runde hinzu. – Für die CDU spricht nun der Abgeordnete Sieveke.

**Daniel Sieveke (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was haben wir bei diesen Themen schon hitzig in diesem Hohen Haus und in den Ausschüssen diskutiert! Umso ruhiger ist die Diskussion heute – bis auf eine Fraktion.

Frau Aymaz, ich muss Ihnen wirklich sagen: Sie nehmen für sich in Anspruch, dass alle Abgeordneten Ihnen zuhören müssen. Wenn aber andere Redner hier vorne stehen, stehen Sie auf und drehen ihnen den Rücken zu. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben eben der ganzen Rede eines Vorredners nicht zugehört, sondern sich umgedreht und innerhalb Ihrer Fraktion gesprochen.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Haben Sie auch etwas zum Thema zu sagen?)

Als der Minister gerade geredet hat, haben Teile Ihrer Fraktion immer nur dazwischengeblökt oder sich mit anderen unterhalten. Als der Minister dann einmal kritisch etwas gesagt hat, wurde gleich hereingerufen: Herr Minister, das ist unverschämt, was Sie sagen.

Unerträglich ist heute Ihr Redebeitrag gewesen ...

(Beifall von der CDU und der FDP – Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist Ihre Art! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN – Gegenruf von Dr. Günther Bergmann [CDU]: Jetzt hören Sie zu! – Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE] – Gegenruf von Matthias Kerkhoff [CDU]: Melden Sie sich doch zu Wort!)

Unerträglich ist heute Ihr Redebeitrag gewesen, Frau Aymaz, weil Sie sich hier dazu verstiegen haben,

(Unruhe – Glocke)

zu sagen, mit der Entscheidung, diese vier Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, werde das Asylrecht außer Kraft gesetzt. Das ist ungeheuerlich. Es ist von allen Rednern vorher gesagt worden, dass das mitnichten so ist.

Verschwiegen haben Sie aber, dass Sie über 90 % derjenigen, die über das Mittelmeer oder aus Georgien kommen, sich weiterhin der Gefahr von Schleppern aussetzen lassen wollen. Das ist Ihre Politik. Sie nehmen es wissentlich in Kauf, dass Menschen sich weiterhin in die Hände von Schleppern begeben. Das ist unmenschlich!

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie erzeugen hier einen Appell. Millionen von Menschen aus Deutschland, übrigens vielleicht auch grüne Wähler, möglicherweise sogar Abgeordnete, fahren in diese Länder, machen dort Urlaub, legen sich an den Strand

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist ein schlagendes Argument!)

– Herr Klocke, hören Sie doch einmal zu –

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Bei solchen Argumenten kann ich schlecht zuhören!)

und führen dann Diskussionen, wie ach so schlimm es in diesen Ländern ist. Eine größere Doppelmoral kann ich mir bei diesem Thema absolut nicht vorstellen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Christian Loose [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann kommen Sie mit Zahlenbeispielen. Der Unterschied zwischen Ihnen und der CDU und der FDP in diesem Landtag ist beispielsweise, dass wir Zukunftspolitik betreiben wollen. Sie befinden sich nur noch in der Gegenwart oder gar in der Vergangenheit.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: In der Gegenwart!)

Entscheidend sind nicht die Zahlen, wie sie im Jahr 2018 waren, sondern es geht darum, wie sie auch weiter in 2019 existieren können.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es ist doch mitnichten so, dass es nur darum geht, ob es jetzt 2,9 %, 3,1 %, 0,9 % oder 0,7 % sind. Wenn es richtig ist, muss man es trotzdem machen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich bin dem Minister dankbar dafür, dass das so geschieht.

Unfassbar war die Diskussion, warum wir diese Aktuelle Stunde in Nordrhein-Westfalen führen. Es geht doch um uns alle. Es geht darum, Initiative zu zeigen aus einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, das doch nicht dafür bekannt ist, wirklich rechtskonservative Politik in allen Themenfeldern zu betreiben. Wir handeln vielmehr mit Maß und Mitte – mit einem Integrationsminister, der wohlbedacht die Diskussionen führt und auch auf Kritikpunkte in der Ausschussarbeit immer wieder eingeht.

Dass das nicht einmal akzeptiert wird und nicht dazu beigetragen wird, dass auch Brücken gebaut werden können, führt mich am Ende dazu, zu sagen: Wenn wir über die Verrohung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung sprechen, wird allzu schnell den Extremen von links und rechts vorgehalten, dass sie das tun und die Sprache verrohen. Ja, das ist auch so; das passiert auch.

Aber Sie, Frau Aymaz, haben das heute auch getan. Die Art, wie Sie heute gesprochen haben, auch Ihre Leugnung von Sachverhalten, ist letztlich eine Verrohung des politischen Miteinanders hier.

Das, was Sie mit Ihrer Blockadehaltung machen, ist letztendlich das Konjunkturprogramm für die Populisten in unserem Land.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Unfassbar!)

Das ist das Konjunkturprogramm schlechthin.

(Beifall von der CDU und der FDP – Berivan Aymaz [GRÜNE]: Sparen Sie sich Ihre Bewertung!)

Meine Damen und Herren, wir als Politikerinnen und Politiker müssen uns dafür einsetzen, für die besten Lösungen zu arbeiten und zu streiten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Für Lösungen!)

– Ja, auch für die Lösungen, Frau Beer, vor allem für die Lösungen. – Dabei kommt es vor, dass man auch unterschiedliche politische Ansätze hat. Wenn man dafür streitet, schießt man auch mal über das Ziel hinaus. Das ist vollkommen in Ordnung.

Aber bei diesem Thema wider besseres Wissen hier so zu argumentieren – und in anderen Bundesländern auch –, ist und bleibt ein Konjunkturprogramm für alle Populisten. Das ist nicht lösungsorientiert.

In meinen Augen wollen Sie auch gar keine Lösungen, sondern Sie wollen, dass das Thema weiterhin schwelt, damit Sie daraus politischen Profit schlagen können. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Danke schön. – Für die Grünen erteile ich der Abgeordnetenkollegin Frau Düker das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Sieveke, ich greife Ihr letztes Wort auf: Lösungen. Ja, in der Politik sollte es um Lösungen gehen. Wenn der Gesetzgeber neue Gesetze macht, sollten bestehende Probleme gelöst werden. Ein Gesetzgeber – das sollte man auch noch einmal bedenken – ist verpflichtet, vor einer Verabschiedung sorgfältig zu prüfen, ob ein Gesetz auch verfassungskonform ist.

Minister Stamp, eines muss man Ihnen zugestehen: Sie haben – anders als Ihr populistischer Kollege aus der Fraktion, Herr Lürbke –

(Marc Lürbke [FDP]: Unverschämt!)

hier tatsächlich auf die bestehenden Probleme hingewiesen.

Lassen Sie mich noch einmal kurz zusammenfassen, worum es geht:

Wir haben ein Rückführungsproblem, aber kein Verfahrensproblem. Und dieses Gesetz regelt Verfahren, aber nicht die Rückführung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen lösen Sie mit diesem Gesetz auch keine bestehenden Probleme. Auch das ist fakten- und zahlenbasiert.

Schauen Sie sich einmal die Zahlen vom BAMF an, wie sich die Verfahren bei den Asylsuchenden aus den Maghrebstaaten entwickelt haben. Wir haben sage und schreibe noch 626 anhängige Verfahren in

ganz Deutschland. Das ist ein Rückgang um 85 %. Das heißt, endlich – das muss man dazusagen – arbeitet das BAMF an dieser Stelle ordentlich die Verfahren ab. Wegen 626 anhängiger Verfahren, die ordnungsgemäß und schnell abgearbeitet werden, brauchen wir – das ist der erste Punkt – diese minimalen Verfahrensbeschleunigungen nicht, um die Probleme, die wir hier tatsächlich haben, zu lösen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was steht denn in dem Gesetz? Herr Lürbke oder Herr Sieveke, schauen Sie sich doch mal an, was in dem Gesetz steht und was faktisch die Wirkung ist. Sie müssen mal mit den Mitarbeitern vom BAMF reden. In einem Anhörungsverfahren haben Sie eine vereinfachte Bearbeitung, dass Sie keinen ausführlichen Text bei Beweislastumkehr mehr formulieren müssen, sondern es etwas zügiger geht. Ja, ein Anhörungsverfahren findet etwas schneller statt. Sie haben bei der Rechtswegefølge, also bei den Fristen für Einsprüche beim Verwaltungsgericht, auch ein paar Tage Verkürzung. Okay!

Aber damit, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, dieses Gesetz löse Probleme, die wir tatsächlich mit den Rückführungen hätten, gaukeln Sie den Leuten etwas vor, weil die hier in Nordrhein-Westfalen auch noch vollziehbar ausreisepflichtig sind. Und das macht am Ende politikverdrossen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind die Zahlen, über die wir sprechen sollten, Herr Stamp. Es sind nicht die 626 anhängigen Verfahren, die wir haben, sondern es sind die vollziehbar Ausreisepflichtigen, die in diesem Land nichts zu befürchten haben, die natürlich aus unserer Sicht morgen abgeschoben werden könnten. Für diese Tausenden von Leuten bestehen keine Rückführungsabkommen.

Das, was Sie gerade mit dem Wink nach Berlin gesagt haben, der Bund solle sich mal über Rückführungsabkommen kümmern, ist in der letzten Legislaturperiode von der rot-grünen Regierung auch gesagt worden. Da haben Sie aus der Opposition heraus den Innenminister beschimpft und gesagt: Das ist Ablenkung. Sie schieben die Verantwortung nach Berlin. Machen Sie doch endlich mal was.

Ja, dann machen Sie was an diesen Rückführungsproblemen hier in Nordrhein-Westfalen und nicht so eine Placebo-Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt zu den zwei Legenden, die immer wieder vorgetragen werden.

Erstens: die Legende der Abschreckung. Ich habe es eben dem Kollegen schon gesagt. Wir können anhand der Balkanländer genau nachweisen, was am Ende zu dem Rückgang der neuen Zugänge geführt

hat, und zwar vor Einstufung als sichere Herkunftsländer.

Das war erstens eine ordentliche, faire und schnelle Bearbeitung durch das BAMF, zweitens eine ordentliche, anständige und faire Rückkehrberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen und drittens eine Informationskampagne in den Ländern, die die Menschen ausführlich über ihre Chancen informiert haben.

Das waren die Gründe, warum im Sommer dieses Jahres, in dem das Gesetz durchgegangen ist, die Zugänge zurückgegangen sind. Und im Herbst wurde das Gesetz verabschiedet.

Dasselbe haben wir jetzt bei den Maghrebländern. Kollegin Aymaz hat Ihnen doch die Zahlen genannt. Wir haben einen eklatanten Rückgang dieser Neuzugänge. Das heißt, diese Legende der Abschreckung ist eine Schimäre.

Zweitens: die Legende, Abschiebungen würden erleichtert werden. Abschiebungen werden mit diesem Gesetz null Komma null erleichtert. Das macht mich wirklich zornig.

Warum macht ein Gesetzgeber Anhörungsverfahren? Ja, dass man die Sachverständigen ernst nimmt. Es ist kein Nachweis erbracht, dass es hier keine strukturelle Verfolgung in den Ländern gibt. Solange der Gesetzgeber das nicht nachweisen kann, darf er solche Gesetze nicht machen; denn sie sind verfassungswidrig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie am Ende verfassungsrechtlich, menschenrechtlich hochproblematische Placebo-Politik betreiben, die – das sage ich noch mal – keine bestehenden Probleme löst, sondern nur neue Probleme schafft, dann verlieren Sie am Ende alle, weil es die Glaubwürdigkeit von Politik schwächt.

Wenn das Gesetz durchgehen würde, Herr Minister, dann fragen wir doch mal in einem Jahr nach: Wie viele vollziehbar Ausreisepflichte haben wir noch in Nordrhein-Westfalen? Dann müssen Sie sagen: Ja, tut mir leid, die sind alle noch hier. Das Gesetz hat wohl doch nicht gewirkt.

Das schädigt Politik und Glaubwürdigkeit von Politik. Und das betrifft uns am Ende alle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen werden wir uns einer solchen menschenrechtlich und verfassungsrechtlich hochproblematischen Placebo-Politik entgegenstellen. Denn es ist uns nicht nur im Sinne der Menschenrechte, sondern auch im Sinne von Glaubwürdigkeit von Politik ein Anliegen, hier nicht einfach eine solche Symbolpolitik mitzumachen. Dabei werden wir auch bleiben. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Lenzen das Wort.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Herrn Lürbke würde ich gerne mal hören! – Gegenruf von Henning Höne [FDP]: Rednerwünsche bitte per Mail an mich!)

**Stefan Lenzen (FDP):** Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, Herr Klocke. Jetzt müssen Sie mit mir vorliebnehmen. Ich hoffe, es reicht trotzdem.

Wir haben es bei den Vorrednern schon gehört, aber ich muss noch einen Punkt von Herrn Pretzell aufgreifen.

Es mag sein, dass andere Länder das nicht so geregelt haben wie wir in Art. 16a des Grundgesetzes. Doch daraus zu schließen, dass man darauf verzichten könnte, ist die völlig falsche Schlussfolgerung. Sie haben dabei verkannt, dass es nach der Genfer Flüchtlingskonvention bei uns mit Punkt 3.1 Asylgesetz in Kombination mit Art. 16a geregelt ist. Dann sind Sie genau wieder dort, wo es international anerkannt ist.

Daraus muss man die Schlussfolgerung ziehen – das fordern wir als Freie Demokraten und als Christdemokraten hier in NRW schon seit Langem –, dass wir ein in sich konsistentes Einwanderungsgesetzbuch brauchen. Da unterscheiden wir uns ganz klar. Wir geben hier nicht auf, dass wir sagen, wir brauchen jetzt keine Regelung mehr für individuell politisch Verfolgte, sondern wir brauchen eine klare Ordnung. Das erzählen wir auch nicht erst seit gestern. Wir brauchen die Ordnung beim Flüchtlingsschutz, beim Asyl, bei der qualifizierten Einwanderung.

Ich weiß nicht, ob Sie da noch ein bisschen AfD-Gene mitgenommen haben oder das vielleicht bei den Blauen so transportieren. Aber da unterscheiden wir uns ganz klar. Es war mir wichtig, das auch klarzustellen.

Genauso haben wir das Thema „kürzere Fristen für die Rechtsmittel“ mitbekommen. Dabei wurde von den Grünen verschwiegen, dass man die Möglichkeit hat, einen Antrag auf Herstellung der aufschiebenden Wirkung zu stellen, gerade für besonders gefährdete Personen. Kollegin Aymaz hat es ja aufgezählt.

Zum Beispiel gibt es bei Personen wegen der sexuellen Orientierung oder journalistischen Tätigkeit eine Möglichkeit für die Verfolgten, ...

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das ist realitätsfremd, dass sich schwule Männer bei der Sache outen!)

– Vielleicht hören Sie mir ganz kurz zu. Ich habe Ihnen auch die ganze Zeit sehr aufmerksam zugehört.

...dass man ihnen entsprechend bei den Verfahren auch die Zeit einräumen kann, die sie benötigen. Das ist auch möglich bei der individuellen Verfolgung. Das haben Sie ein wenig verschwiegen. Bezüglich der speziellen Rechtsberatung hat nicht nur der Kollege Lürbke, sondern haben auch andere Kollegen aufgeführt, dass dies vor einer Anhörung beim BAMF möglich ist.

Ich habe schon erwähnt, was wir eigentlich zusätzlich brauchen. Die Einstufung als sichere Herkunftsländer kann eben nur ein Schritt sein. Wir wissen selbst: Wir brauchen das Einwanderungsgesetzbuch.

Wir haben heute schon mehrfach gehört, dass wir ordentliche und praktikable Rückübernahmeabkommen brauchen.

Wir brauchen Unterstützung bei der Passersatzbeschaffung.

All das wird gar nicht infrage gestellt, aber es gehört eben auch die Einstufung als sichere Herkunftsländer mit dazu.

Was ist das denn überhaupt für ein Ansatz? Menschen begeben sich in Gefahr, opfern ihr Familienvermögen, gehen den lebensgefährlichen Weg durch die Wüste und durch das Meer, um dann festzustellen, wenn sie hier ankommen: Sie haben keine Chance auf Asyl. – Auch diesen Aspekt muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir wollten ja bei den Fakten bleiben. Wenn man sich die Zahlen schönrechnet, hat man vielleicht nicht zur Kenntnis nehmen wollen – die Zahlen sind noch sehr frisch, von dieser Woche –, dass wir nach der Asylentscheidungsstatistik für das Jahr 2018 gerade bei Georgien nicht von Einzelfällen sprechen können.

Bei den Hauptherkunftsländern hatte Georgien im Dezember Platz sieben, kumuliert für das Jahr 2018 Platz zehn. Wir hatten über 4.200 Anträge mit steigender Zahl.

Hier wurde eben der Eindruck erweckt, wir hätten nur wenige Einzelfälle und würden nur Symbolpolitik betreiben. Bei diesen Zahlen kann ich davon nicht mehr sprechen. Wenn ich dann noch die Zahlen der Maghrebstaaten hinzunehme, handelt es sich definitiv nicht mehr um Einzelfälle.

Einen ganz wichtigen Aspekt hatten gerade auch die Redner der Grünen verschwiegen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Rednerinnen! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Widerspruch von der FDP)

Das war der klare Punkt: Was haben wir denn bei den Westbalkanstaaten erreicht, also Albanien, Kosovo, Mazedonien und Serbien? Es ist ja nicht nur einfach die Zahl der Asylanträge zurückgegangen,

sondern gleichzeitig war doch mit der Einstufung als sichere Herkunftsländer auch die Öffnung legaler Wege für die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften wichtig.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Das stimmt! – Monika Düker [GRÜNE]: Das hat Kretschmann durchgesetzt!)

Es ist doch der richtige Ansatz, nicht über das Asylrecht ohne Chancen hier hinzukommen, sondern lieber zur Arbeitsaufnahme.

All das brauchen wir auch bundesweit mit dem Einwanderungsgesetzbuch; das wollen wir ja lösen.

Genauso haben wir eben gehört: Wir brauchen mehr Ordnung. Wir stehen natürlich zum Flüchtlingschutz.

Damit sind wir bei alten Forderungen von Minister Stamp, die ich gerne noch einmal aufgreife, der nicht müde wird zu sagen: Wir brauchen endlich mal einen ganz klaren Migrationsgipfel. Wir brauchen das in sich konsistente Einwanderungsgesetzbuch. Dann hätten wir auch insgesamt die geforderte große Lösung.

Aber mit Schönrechnerei kommen wir nicht weiter. Wir brauchen praktikable Lösungen. In diesem Sinne fand ich die Debatte doch mehr als zielführend. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Lenzen. – Für die AfD-Fraktion hat Frau Walger-Demolsky das Wort.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Lenzen, nein, Herr Pretzell verfolgt eine ganz eigene Agenda. Er hat nichts mitgenommen.

(Zuruf von der FDP: Doch, Ihr Mandat! – Allgemeine Heiterkeit)

– Bedauerlicherweise. Sei es ihm gegönnt. Egal. Alles hat ein Ende, Herr Lenzen.

Lesen Sie in den Wahlprogrammen der AfD nach, zum Beispiel im Landtagswahlprogramm. Sie können feststellen: Die AfD bekennt sich ausdrücklich zu Art. 16a Grundgesetz, also zum Individualrecht auf Asyl, und auch zur Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention.

(Zuruf von Stefan Lenzen [FDP])

– Lassen Sie mich bitte ausreden.

Allerdings sehen wir durchaus Grundlagen in den Dublin-Verträgen und auch in einer vernünftigen Grenzsicherung. Das können wir aus unserer Sicht

nicht wirklich trennen. Wir bekennen uns aber zum Individualgrundrecht.

Ich weiß natürlich nicht, ob gegebenenfalls irgendwelche Flügel mal irgendwelche anderen Töne spucken. Ich höre dem nicht so zu; es sind Zwischentöne.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommen die Einschränkungen!)

– Wie Sie sehen, repräsentiere ich die AfD hier und nicht irgendeinen Zwischenton. Also bitte!

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Das spricht für die Spaltung der AfD!)

Herr Sieveke, an Sie gerichtet: Wenn Sie Zukunftspolitik betreiben wollen, also die heutigen absoluten Zahlen nicht allein entscheidend sind, dann empfehlen Sie doch Ihren Kollegen im Bundestag, über den Entschließungsantrag der FDP, dem nur die AfD zugestimmt hat, noch einmal nachzudenken.

Die FDP hat nämlich gefordert, die vielen anderen Länder – es sind, glaube ich, noch 23 weitere Staaten, deren Anerkennungsquoten derzeit unter 5 % liegen ...

Zugegeben: Wenn ich auf die Nationen schaue, ist von der einen oder anderen vielleicht auch in Zukunft kein besonderer Zuzugsdruck zu erwarten. Aber es sind durchaus Länder dabei, von denen man weiß, dass dort Menschen sind, die sich auf den Weg machen wollen.

Weiter zu prüfen, steht eigentlich in Ihrem Koalitionsvertrag. Empfehlen Sie doch mal Ihren Kollegen im Bundestag, sich den Entschließungsantrag der FDP zu dem Thema noch einmal genau durchzulesen.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit können wir die Aussprache unter Tagesordnungspunkt 1, zur Aktuellen Stunde, schließen.

Ich rufe auf:

## 2 Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit von Integrationskursen verbessern

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4445

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die antragstellende Fraktion der CDU Frau Kollegin Wermer das Wort.

**Heike Wermer (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir alle wissen: Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration.

Sprache ist eines der entscheidenden Elemente bei der Integration, aber nicht das einzige. Leider zeigen aktuelle Statistiken, dass ungefähr nur die Hälfte aller Integrationskursteilnehmer erfolgreich das Niveau B1 abschließt.

Das erfolgreiche Absolvieren der Kurse ist aber unglaublich wichtig für den weiteren Integrationsprozess, denn nur so kann gewährleistet werden, dass erstens die für unser aller Zusammenleben notwendige deutsche Sprache erlernt wird und zweitens im Rahmen der Orientierungskurse unsere Werte, unser Verständnis von Recht und Demokratie und unsere Vorstellung von einer freien Gesellschaft nachvollzogen werden können.

Wie wir die Qualität der Kurse verbessern und damit die Kursteilnehmer fördern wollen, bringe ich Ihnen anhand von drei Punkten näher. Schließlich sind wir als NRW-Koalition bereit, unsere Stimme im Bund dafür zu nutzen und eine dementsprechende Bundesratsinitiative zu forcieren.

Erstens: Verbindlichkeit. Es gibt immer wieder Kursteilnehmer, die es mit der Verbindlichkeit nicht so genau nehmen. Deshalb ist es wichtig, dass die Kurs-träger auf diese Verbindlichkeit achten. Wir wollen die Träger dazu auffordern, die Teilnahme strenger zu erfassen und bei Nichtteilnahme mehr Gebrauch von Sanktionen zu machen.

Andererseits müssen wir auch die Träger stärker in die Pflicht nehmen, damit sie nicht zu nachsichtig mit der Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an den Kursen umgehen. Täuschungen seitens des Trägers müssen daher ebenfalls geahndet werden.

Zweitens: Qualität durch Quantität steigern. Die Zahl der neuen Teilnehmer an den Kursen ist rückläufig. Daher ist es wichtig, jetzt die Weichen für eine Qualitätssteigerung zu stellen. Eine bessere Qualität – also das erfolgreiche Bestehen der Kurse und damit den Spracherwerb – erreichen wir, indem wir an den quantitativen Rahmenbedingungen arbeiten.

Das heißt: die Mindestteilnehmerzahl herunterschrauben, damit Kurse eher ermöglicht werden können. Insbesondere im ländlichen Raum sind nicht immer die derzeit notwendigen 14 Teilnehmer vorhanden. Wenn diese Teilnehmerzahl nicht erreicht wird, dann müssen die gegebenenfalls vorhandenen 10, 11 oder 12 Personen warten, bis neue Teilnehmer hinzukommen. Das darf so nicht bleiben.

Gleichzeitig müssen wir an der Höchstteilnehmerzahl schrauben. Wir alle wissen aus dem Schulbereich, dass Kleingruppen größeren Erfolg erzielen. Deshalb unser Anliegen: von maximal 25 herunter auf maximal 22 Teilnehmer.

Da wir außerdem wissen, dass sich die Teilnehmer in der Vor- und Ausbildung unterscheiden, fordern wir, dass bei den Sprachkursen gegebenenfalls eine Ausweitung der Unterrichtszeit auf 900 Stunden vorgenommen werden kann. Für uns ist klar: 600 Stunden zum Erlernen unserer Sprache sind manchmal nicht genug.

Des Weiteren müssen die qualitativen Rahmenbedingungen stimmen. Frauen mit Kindern muss es möglich sein, Integrationskurse zu belegen, ohne dass sie sich um ihr Kind sorgen müssen. Für anerkannte Asylbewerber, die sich in der Ausbildung befinden, müssen wir Besuche von Kursen neben der Ausbildung möglich und vor allem praktikabel machen.

Drittens: Wertevermittlung. Aus Sicht der NRW-Koalition muss die Wertevermittlung vertieft werden. Nach einer Orientierung durch Sprache muss eine Orientierung durch Werte und politische Bildung erfolgen.

Es gilt dasselbe wie bei der Sprachvermittlung: Notwendigerweise müssen auch hier weitere 50 Stunden für eine Vertiefung forciert werden; denn Orientierungskurse müssen nicht nur Behelfsmittel sein, sondern auch Akzeptanz unserer Werte und Vorstellungen herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wir wollen verbindlichere und erfolgreichere Integrationskurse. Wir wünschen uns angepasste Strukturen, die auch die Bedarfe vor Ort in den Fokus nehmen und sich außerdem an beruflichen Situationen orientieren.

Zudem wollen wir Integrationskurse, die verstärkt auf das Prinzip der Wertevermittlung eingehen; denn Sprache ist ein erster Schlüssel, um Fuß zu fassen. Das Einleben in die Gesellschaft kann aber nur klappen, wenn man die Gesellschaft auch versteht.

Es gibt Stellschrauben zu drehen. Hierbei wollen wir die Arbeit des Bundes begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lenzen.

**Stefan Lenzen (FDP):** Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die NRW-Koalition sieht unser Land so, wie es ist: als Einwanderungsland mit Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Sprache sprechen, sich gut integriert haben und zur Mitte der Gesellschaft gehören.

Die Integrations- und Sprachkurse sind ein Grundpfeiler einer erfolgreichen Integration, und sie spielen eine entscheidende Rolle, um die Menschen, die zu

uns kommen, mit unseren Werten, unserer Sprache, Kultur und Rechtsordnung vertraut zu machen.

Wie wir von der Kollegin Wermer schon gehört haben, schließt allerdings nur die Hälfte von ihnen einen solchen Kurs erfolgreich ab, die andere Hälfte scheitert zumeist an der Deutschprüfung. Deswegen ist es umso wichtiger, die Kurse hinsichtlich Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit zu verbessern.

Wir unterstützen ausdrücklich die Forderung unseres Integrationsministers Dr. Joachim Stamp nach einer Qualitätsoffensive. Dies gilt nicht nur für die Integrations- und Sprachkurse; er hat es uns auch bei dem Thema „Kita“ schon gezeigt.

Wichtig ist, dass die Integrationsleistung mit dem Absolvieren eines Integrationskurses beginnt. Dies ist die Brücke, um in unserem Land Chancen zu ergreifen, neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu sammeln und die Möglichkeit zu haben, sich hier ein neues Leben aufzubauen.

Deswegen ist es wichtig, auch auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass wir möglichst allen geflüchteten Menschen – darüber haben wir eben diskutiert: mit Ausnahme derer aus sicheren Herkunftsstaaten – zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die Chance geben, einen solchen Kurs – natürlich erfolgreich – zu absolvieren, um in der Mitte der Gesellschaft anzukommen.

Dazu müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Wie eben erwähnt, brauchen wir dazu beispielsweise ein differenziertes Angebot. Wir müssen die Mindestteilnehmerzahl von 14 auf 10 und die Höchstteilnehmerzahl von 25 auf 22 reduzieren. Insbesondere für die Teilnehmer ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung brauchen wir eine höhere Stundenzahl und mehr Alphabetisierungskurse, um bei den Menschen, die der lateinischen Schrift nicht mächtig sind, dort ansetzen zu können.

Daneben ist wichtig: Wenn wir wollen, dass alleinerziehende Mütter einen solchen Kurs erfolgreich abschließen, dann müssen wir die Kurse besser mit der Kinderbetreuung koordinieren. Dazu stellen wir in NRW die Weichen.

Mir persönlich ist ganz wichtig – und zwar nicht nur als Sprecher für Integration und Flüchtlinge, sondern auch für den Bereich Arbeit –: Es muss möglich sein, dass Integrations- und Sprachkurse neben Arbeit und Ausbildung angeboten werden. Wir sagen doch immer wieder, dass wir eine erfolgreiche Integration wollen. Da kann es doch nicht sein, dass Geflüchtete sich zwischen einem Sprachkurs und Arbeit und Ausbildung entscheiden müssen. Da müssen wir unbedingt ansetzen.

Neben dem Thema „mehr Verbindlichkeit“ ist es bei denen, die an der Deutschprüfung scheitern, auch wichtig zu schauen: Wie können wir die Quote erhö-

hen? – Um sie zu unterstützen, brauchen wir Zwischentests, Feedbackgespräche und Auffangmodule, damit sie den Kurs erfolgreich abschließen können.

Die erhöhte Verbindlichkeit gilt natürlich auch für die Anbieter der Integrationskurse, indem sie unentschuldigtes Fehlen ordentlich dokumentieren bis hin zu den Sanktionsmöglichkeiten, zu denen die Kollegin Wermer schon etwas gesagt hatte.

So ist es wichtig: Die NRW-Koalition setzt seit Beginn der Regierungsübernahme auf mehr Verbindlichkeit bei der Integration. Wir müssen unbedingt Integrations- und Sprachkurse dementsprechend neu ausrichten. Und diesen Kurs müssen wir auch konsequent fortsetzen.

So streben wir an, eine möglichst breit getragene Initiative der Länder gegenüber dem Bund anzustoßen, denn wir wollen mehr Chancen ermöglichen, und hier setzen wir auf Integration durch eigene Leistung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Dass Sprache für die Integration von Geflüchteten entscheidend ist, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Der Antrag der Mitte-rechts-Koalition zur Verbesserung der Integrationskurse geht dabei grundsätzlich in die richtige Richtung.

In dem Antrag fehlen aber aus Sicht der Landtagsfraktion der SPD einige wichtige Punkte.

Es ist zum Beispiel unerlässlich, darüber nachzudenken, aus welchem Grund Geflüchtete einen Kurs nicht besuchen oder eine Prüfung auch nicht bestehen. Oft spielen Behördentermine eine Rolle, wenn die Integrationskurse nicht durchgehend wahrgenommen werden können, oder traumatische Belastungen, die Sorge um die Familie, die nicht in Deutschland ist, mangelnde Ruhe zum Lernen in den Gemeinschaftsunterkünften. All diese Faktoren dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden, wenn es um die Frage geht, warum Prüfungen nicht bestanden werden.

Wenn man die aktuellen Zahlen des BAMF sieht – ich will darauf hinweisen –, dann stellt man fest, dass im ersten Halbjahr 2018 52 % der erstmaligen Kurs Teilnehmer den Deutschttest für Zuwanderer mit dem Sprachniveau B1 abgeschlossen haben.

Was heißt das eigentlich, das Sprachniveau B1? Das bedeutet, wenn sich jemand über vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit unterhalten kann, sich

austauschen kann, wenn er das versteht, wenn jemand in der Lage ist, sich zusammenhängend über vertraute Themen und persönliche Interessensgebiete zu unterhalten, wenn jemand über seine Träume, Hoffnungen und Ziele reden kann, dann hat er den Kurs Sprachniveau B1 erfolgreich bestanden.

Das Konzept der Integrationskurse ist also nicht gänzlich schlecht, und es kann und muss auch verbessert werden, überhaupt keine Frage. Die Frage ist, ob CDU und FDP an den richtigen Stellschrauben drehen.

Ich bin ein bisschen überrascht, Frau Wermer. Sie sprachen davon, dass die Träger täuschen würden. Das ist etwas, was sich mir bis jetzt noch nicht erschlossen hat. Vielleicht können wir darüber mal reden. Wenn es das gibt, dann müssen wir da ran. Da bin ich ganz an Ihrer Seite. Wenn es Träger gibt, die bei der Abrechnung täuschen, dann müssen wir da auch handeln. Da haben Sie uns an Ihrer Seite.

Die Arbeiterwohlfahrt als einer der Träger hat im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass bessere Rahmenbedingungen notwendig sind, um den Erfolg der Integrationskurse weiter zu verbessern.

In Ihrem Antrag setzen Sie unter anderem da an, wollen die Rahmenbedingungen verändern. Aber da fragt man sich schon: Warum wollen Sie die Höchstteilnehmerzahl von 25 auf 22 reduzieren? Ist der Lernerfolg in kleineren Lerngruppen nicht größer? Warum nehmen wir an der Stelle statt 22 nicht 15? Das ist eine größere Reduzierung. Wie man weiß, sind kleinere Lerngruppen noch viel intensiver, noch viel besser. Lassen Sie uns doch dann auf 15 gehen statt auf 22. Da würden wir Sie unterstützen.

Wie wollen Sie die Erfolgsaussichten von Müttern konkret verbessern? Das ist ein ganz wichtiges Thema. Da wäre es wünschenswert, wenn Sie dazu konkretere Vorschläge machen würden als bisher. Auch da hätten Sie uns an Ihrer Seite, wenn wir dazu gute Vorschläge erarbeiten könnten.

Zum Thema „Wertevermittlung“, Kolleginnen und Kollegen: Sie schlagen vor, dass die Anzahl der Stunden dafür von 100 auf 150 erhöht werden soll. Auf dem Papier hört sich das gut an. Das können Sie auch in Ihrem Koalitionsvertrag abhaken. Aber hilft das? Wollen Sie uns Ihre Forderungen an den Bund, den Orientierungsteil von „Orientierungsteil“ auf „Wertevermittlung und Orientierung“ umzubenennen und die Stundenzahl von 100 auf 150 zu erhöhen, tatsächlich als eine Offensive für Wertevermittlung verkaufen? Ich frage mich: Wo bleibt da eigentlich die Leistung des Landes? Was setzen wir ein, um Wertevermittlung wirklich durchzusetzen? Entscheidend ist dabei die Frage, wie Werte gelernt werden.

Natürlich brauchen wir dafür ein gewisses Maß an Theorie. Im nächsten Schritt müssen diese Werte

aber auch erlebbar werden. Ob das in einem Integrationskurs mit 22 Menschen aus unterschiedlichen Ländern wirklich gelingt, wage ich zu bezweifeln. Es wäre gut, wenn geflüchtete Menschen in diesen Kursen auch durch Projekte und Exkursionen zum Beispiel Werte in der Praxis wirklich erleben und erfahren können.

In Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie in den Landeseinrichtungen Flüchtlingen Sprach- und Alphabetisierungskurse anbieten und Kindern verbindliche Bildungsangebote machen wollen. Wie wäre es, wenn Sie diese Versprechen einhalten und auch hier ansetzen würden?

Kolleginnen und Kollegen, für die Verbesserung der Integrationskurse haben Sie grundsätzlich unsere Unterstützung. Sie machen es sich aber mit diesem Antrag sehr einfach. Ja, Sie stellen viele Forderungen an den Bund, nämlich sieben von zwölf. Das ist sehr bequem.

Ich glaube aber schon, ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Ibrahim Yetim (SPD):** ... dass wir als größtes Bundesland mit einem guten Beispiel vorangehen sollten. Es muss unser Anspruch sein, dass wir auch selber Verantwortung übernehmen. Das kostet auch Geld, keine Frage. Aber das sollten wir in die Hand nehmen.

Zum Schluss, Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Sprachkompetenz – darüber sind wir uns einig – ist für die Menschen und für die Akzeptanz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, unserer Vielfalt sehr wichtig. Sie ist damit auch für ein friedliches und gesellschaftliches Zusammenleben ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Ibrahim Yetim (SPD):** ... in den nächsten Jahrzehnten sehr wichtig. Ich hoffe, dass wir in den Beratungen zu einem gemeinsamen noch besseren Ergebnis kommen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Aymaz jetzt das Wort.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Für frühe und bedarfsgerechte Sprach- und Integrationskurse von Anfang an

für alle setzen wir uns Grüne seit jeher ein. Es ist begrüßenswert, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CDU und FDP sich mit Sprach- und Integrationskursen in ihrem Antrag befassen.

Lassen Sie mich jedoch direkt zu Beginn mit einer Kritik starten. Eine Initiative, die wichtig ist, kann aber sehr schnell zu einem Schaufensterantrag verkommen, wenn sich zwölf von zwölf Forderungen, die dort aufgeführt sind, an den Bund richten.

Die Forderungen nach kleinen Kursgruppen und der Herabsetzung der Mindestteilnehmerinnenzahl auf zehn Personen sind sicherlich wichtige Punkte.

Auch eine Evaluation der Kurse, die eine Verbesserung der Inhalte und die Anpassung an die Bedürfnisse der Teilnehmenden zur Folge hat, unterstützen wir.

Selbstverständlich werden wir der Überweisung des Antrages an den Ausschuss zustimmen.

Bei den Beratungen im Ausschuss werden wir allerdings den Fokus auch darauf richten, welche Maßnahmen vonseiten der Landesregierung für eine schnelle und gelingende Integration ergriffen werden können.

Anfang 2018 betrug die durchschnittliche Wartezeit auf einen Integrationskurs immer noch zwölf Wochen. Hier könnte das Land zum Beispiel überlegen, wie sich die Wartezeiten auf einen Integrationskurs und zwischen weiterführenden Kursen sinnvoll überbrücken lassen. – Das schon mal als Tipp.

Nicht ohne Grund hatte Rot-Grün bereits 2015 niedrigschwellige Integrationskurse geschaffen, die vom Land finanziert werden. Der Vorteil dieser Kurse ist, dass sie allen Menschen offenstehen unabhängig von der sogenannten Bleibeperspektive.

Die Teilnahme an den Kursen ist freiwillig. Die Kursleitungen haben eine hohe Gestaltungsfreiheit bei der Auswahl ihrer Themen. Somit können an die jeweiligen Zielgruppen angepasste Lernsituationen geschaffen werden, die für die Teilnehmenden aufgrund ihrer Alltagsnähe einen großen praktischen Nutzen haben.

Wir sind beruhigt, Herr Minister Stamp, dass die Landesregierung den Wert dieser Kurse ebenfalls anerkannt hat und auch für 2019 entsprechende Mittel zur Verfügung stellt. Denn eine aktuelle Evaluation der Förderrichtlinien zeigt, dass gerade die Freiwilligkeit der Angebote eine hohe Motivation der Teilnehmenden zur Folge hat.

Nun zu Ihren Formulierungen rund um Sanktionsmaßnahmen: Diese machen mich schon etwas stutzig, weil die Kursleiterinnen und Kursleiter der BAMF-Integrationskurse bereits jetzt unter enormem Druck stehen, die Teilnehmenden innerhalb kürzester Zeit auf die anstehenden Prüfungen vorzubereiten.

Dabei sind die Kursleiterinnen und Kursleiter Lehrkräfte, und nicht selten übernehmen sie auch Aufgaben der psychosozialen Betreuung und pädagogischen Begleitung. Wer sich die Situation in den Kursräumen einmal angeschaut und sich mit den Dozentinnen ausgetauscht hat, der weiß, welche Aufgaben die Kursleiterinnen vor Ort tatsächlich erledigen. Ich finde, es ist angebracht, die Leistung dieser Menschen wertzuschätzen und sie nicht unter Generalverdacht zu stellen.

Ich bezweifle auch, dass mit weiteren Dokumentationsverpflichtungen die Integrationskurse besser werden oder die Erfolgszahlen steigen. Denn wir müssen ganz genau hinschauen, woran die Lernerfolge so oft scheitern. Ich bemängele, dass das in dem Antrag absolut keine Berücksichtigung findet.

Sehr häufig haben die Personen Traumaerfahrungen in den Herkunftsländern gemacht oder auf der Flucht erlebt. Sehr oft liegt es an der Wohnsituation, die nun wirklich nicht dazu beiträgt, dass man konzentriert und erfolgreich lernen kann. Nicht selten liegt es an der Sorge um Angehörige, die zurückgelassen worden sind.

Deshalb haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass ohne die Möglichkeit einer schnellen Familienzusammenführung, die ja nicht mehr gewährleistet ist, Integrationsbemühungen tatsächlich verhindert werden. Das wird sehr deutlich, wenn Sie sich in diesen Kursen mit den Leiterinnen auseinandersetzen und fragen, woher es kommt, dass die Qualität, Effizienz und Verbindlichkeit nicht so gegeben sind, wie wir es gerne hätten.

Wir werden all diese Hinweise und Punkte gerne noch einmal konstruktiv in den Ausschuss einbringen. Dabei werden wir unser Augenmerk vor allen Dingen darauf richten, wie neu zugewanderte Frauen mit Integrationskursen noch besser erreicht werden können ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Berivan Aymaz (GRÜNE):** ... und wie die Kinderbetreuung flächendeckend und qualitativ gewährleistet werden kann. Das sind Fragen, mit denen wir uns gerne im Ausschuss beschäftigen werden. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Walger-Demolsky.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Integration ist eine große, aber auch kostenintensive

Aufgabe. Daher dürfen Integrationsbemühungen nicht mit der Gießkanne verteilt werden.

Wir können leider nicht aufholen, was wir in der Vergangenheit vernachlässigt haben, es sei denn, wir weiten die Angebote auf jeden Menschen mit Migrationsgeschichte aus, zum Beispiel auch auf die Eltern von Frau Chebli, deren Vater auch nach 40 Jahren in Deutschland ihren eigenen Angaben nach immer noch kaum Deutsch kann. Das ist nachlesbar zum Beispiel in der „Huffington Post“ vom 07.08.2016.

Integrieren müssen wir Menschen mit einem gesicherten und langfristigen Bleiberecht. Menschen, die kein Bleiberecht haben oder über deren Bleiberecht noch nicht positiv entschieden wurde, benötigen Aufenthaltshilfen. Das können auch Einstiegssprachkurse sein.

Die Gruppe der Anspruchsberechtigten sollte aber keinesfalls erweitert werden, auch wenn Sie mit solchen Forderungen der SPD, den Grünen und vielen NGOs auffallend entgegenkommen. Wie diese Forderungen allerdings in den Stufenplan integriert werden sollen, ist mir nicht ganz klar.

Ein weiterer Punkt, der uns auffällt, ist die Forderung nach Kinderbetreuung für Mütter. Bevor die öffentliche Hand Betreuungsleistungen erbringt, sollte die Betreuung von Kindern selbstverständlich zunächst einmal von beiden Elternteilen in Abstimmung geleistet werden. Das ist eine Forderung, die vielen jungen Vätern, die zu uns gekommen sind und ja auch immer noch kommen, neu anmutet. Aber so ist Integration nun einmal. In einem Land, in dem Gleichberechtigung im Grundgesetz steht und deren Ausgestaltung von Frauen hart erkämpft wurde, wird vieles neu sein für Männer aus anderen Kulturen.

Somit sehen wir eine notwendige Verknüpfung der Betreuungsangebote, zum Beispiel der Termine, mit den Integrations- und Sprachkursen allenfalls für alleinerziehende Mütter als wichtig und sinnvoll an.

Eine Ausweitung der Stundenzahl, bevor andere Maßnahmen der Qualitätssicherung erfolgt sind und evaluiert wurden, halten wir nicht für zielführend. Denn was nutzt die Erweiterung von 600 auf 900 Stunden, wenn die regelmäßige Teilnahme bis jetzt gar nicht gesichert ist?

Wenn aber trotz regelmäßiger Teilnahme die Zwischenprüfung nicht geschafft wird, sollte durchaus eine Verlängerung und Intensivierung möglich sein. Hilfreich könnte nach der Zwischenprüfung auch eine Teilung der Kurse sein, damit diejenigen, die schneller lernen, sich nicht langweilen, und diejenigen, die einen anderen Förderungsbedarf haben, nicht dauerhaft überfordert werden. Das ist eine vielleicht einfach dargestellte Erkenntnis, die auch unserem mehrgliedrigen Schulsystem zugrunde liegt.

Viele Punkte im Antrag klingen durchaus vernünftig, sodass wir der Diskussion im Ausschuss gespannt entgegensehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Integration geschieht im Austausch mit anderen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dafür die Voraussetzung. Deshalb begrüße ich den Antrag. Er benennt die wichtigsten Punkte, wie die Integrationskurse die notwendigen Grundlagen für Integration deutlich zielgenauer und effektiver schaffen können.

Ein Blick auf die Statistik zeigt: Im ersten Halbjahr 2018 haben nur rund 50 % der erstmaligen Kursteilnehmer den Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen, das heißt mit dem Zielniveau B1. B1 bedeutet, jemand kann die Hauptpunkte verstehen, wenn klare Standardsprache verwendet wird und wenn es um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. geht. Nur die Hälfte der Kursteilnehmer ist nach 600 Stunden dazu heute in der Lage. Damit dürfen wir uns, damit darf sich der Bund, der für die Integrationskurse verantwortlich ist, nicht zufrieden geben.

Klar ist: Wir brauchen kleinere Kurse und mehr Differenzierung im Kursangebot. Wir brauchen Zwischentests, um festzustellen, wo die Teilnehmer stehen, und mehr flankierende digitale Angebote.

Auch eine Erhöhung der Stundenzahl im Orientierungskurs von 100 auf 150 Stunden ist notwendig. Denn im Orientierungskurs sollen die Regeln des Zusammenlebens erlernt, und es soll in die Geschichte und die Kultur unseres Landes eingeführt werden.

An der einen oder anderen Stelle müssen wir auch noch einmal über die Inhalte diskutieren; ich habe das jetzt verschiedentlich erwähnt.

Ich werde immer wieder angesprochen, unter anderem aus der eigenen Familie. Meine 81-jährigen Tante, die sich eines syrischen Flüchtlings angenommen und ihn vorbereitet hat, hat mich gefragt, ob es eigentlich unser Ernst sei, was wir alles zum Bildungsföderalismus vermitteln, was im Zweifelsfall 80 bis 90 % der autochthonen Bevölkerung selbst nicht beantworten können, und ob es nicht viel wichtiger sei, dass wir uns zunächst einmal darauf konzentrieren, zu vermitteln, auf welche grundlegenden Kulturtechniken in unserem Land es ankommt.

Ich glaube, darüber werden wir auch mit dem Bund noch ernste Gespräche führen.

(Beifall von der FDP)

Aber für den Orientierungskurs reichen auch die 100 Stunden bei Weitem nicht aus. Gerade für ein Land mit einer so komplexen Geschichte, wie Deutschland sie hat, brauchen wir mehr Zeit.

Wertevermittlung ist uns als Land besonders wichtig. Wir haben ja unsere Kampagne gestartet unter dem Hashtag „#IchDuWirNRW“. Diese Kampagne werden wir weiter fortsetzen. Aber wir brauchen eben auch die entsprechende Wertevermittlung im Rahmen der Integrationskurse.

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist, sind die Erfolgchancen für Mütter; es ist eben auch von der Kollegin angesprochen worden. Das ist ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Kinderbetreuung ist das zentrale Stichwort.

Unser Pakt für Kinder und Familien wird dazu beitragen, dass sich die Rahmenbedingungen auch für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte verbessern. Durch die Platzausbaugarantie etwa oder durch eine bessere Sprachförderung haben wir hier mehr Spielräume und mehr Anreiz. Das kommt letztendlich nicht nur den Kindern zugute, sondern natürlich auch den Müttern und Vätern beim Freiraum für den eigenen Spracherwerb.

Ein letzter Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist die Öffnung der Integrationskurse. Viele Asylsuchende werden mutmaßlich in Deutschland bleiben, aber nur Asylsuchende aus fünf Ländern – Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia – dürfen die Integrationskurse besuchen. Andere, beispielsweise aus Afghanistan und Pakistan, bleiben außen vor. Das halte ich für einen gravierenden Fehler.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der Bundesinnenminister zeigt keine Bereitschaft, von dieser Begrenzung auf die genannten fünf Länder wegzukommen. Ich halte das für unverantwortlich. Ich habe es eben unter dem anderen Tagesordnungspunkt gesagt: Ich würde mir wünschen, dass wir auch für dieses Themenfeld unter den staatstragenden Parteien zu einem guten Konsens kommen. Darüber werden wir jetzt die entsprechenden Gespräche führen.

Bei Herrn Seehofer hingegen herrscht Stillstand. Diesen Stillstand können wir uns nicht leisten. Umso mehr möchte ich mich persönlich bei der Kollegin Wermer und bei Herrn Lenzen für diesen Antrag bedanken. Ich glaube, dass das eine gute Initiative ist. Ich freue mich auch, dass sich die Opposition konstruktiv einbringen möchte.

Es wird nicht bei einem Showantrag oder einem – ich weiß nicht mehr genau, wie Sie es eben benannt haben – Antrag für die Galerie bleiben. Denn ich kann hier ankündigen: Die Kernpunkte dieses Antrags

werde ich aufgreifen und in die 14. Integrationsministerkonferenz einbringen, die in wenigen Wochen stattfindet. Allein dafür hat es sich schon gelohnt. Dort wollen wir gemeinsam ausloten, ob wir es nicht hinbekommen, mit diesen Inhalten dann auch eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir dann am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2 und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/4445** an den **Integrationsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll und wird dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir jetzt so überwiesen.

Ich rufe auf:

### **3 Die Landesregierung muss Ankündigungen auch Taten folgen lassen: Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet ist dringend geboten**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4807

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der SPD Herr Kollege Becker das Wort.

**Andreas Becker (SPD):** Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Dass der Landtag unseren Antrag auf Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet im unmittelbaren Umfeld der Vorlage des Abschlussberichts der Kohlekommission berät, ist sicher Zufall. Aber es ist auch eine gute Gelegenheit, daran zu erinnern, dass der Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet ein Thema war, ein Thema ist und ein Thema bleiben muss, das nicht in Vergessenheit geraten darf.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Das historische Ende des Steinkohlenbergbaus im letzten Jahr haben wir alle nicht vergessen. Ich möchte darüber hinaus in Erinnerung rufen, dass die Region zwischen Emscher und Lippe großer Standort von Kohlekraftwerken ist und wir allein im Bereich der Kohleverstromung von über 3.000 betroffenen Arbeitsplätzen sprechen.

Wichtig ist: Die erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels braucht vor allem eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist dabei sicher ein wichtiges Instrument, aber Maßnahmen im Ruhrgebiet, die darin aufgrund ihrer lediglich regionalen Bedeutung nicht enthalten sind, dürfen deshalb nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – auf 2030 plus X – verschoben werden.

Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reaktivierung der vorhandenen Schienenstrecken einerseits von Recklinghausen Hauptbahnhof über Sunderwich, Datteln und Waltrop nach Lünen-Süd sowie andererseits von Recklinghausen nach Bochum gehören ganz sicher dazu – dies vor allem, weil die Landesregierung über neue finanzielle Möglichkeiten verfügt.

Das gilt konkret für den Bereich der Verkehrspolitik, wenn ich daran denke, dass mit dem Regionalisierungsgesetz bis 2031 rund 5 Milliarden Euro mehr für den ÖPNV zur Verfügung stehen werden.

Aber das gilt auch allgemein. Ich rufe in Erinnerung, dass die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt allein 8 Milliarden Euro unerwartete Steuermehreinnahmen zur Verfügung hat und alleine in 2019 mit Steuermehreinnahmen von 2,6 Milliarden Euro kalkuliert. Die Landesregierung hat das – logischerweise – erkannt, aber leider nur zum Teil die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

Sie wollen jetzt mehr in die Reaktivierung von Bahnstrecken investieren. Bei der Einbringung des Landeshaushalts in den Verkehrsausschuss hat Landesverkehrsminister Wüst sogar die Einladung ausgesprochen, weitere Vorschläge für die Reaktivierung von Bahnstrecken zu machen.

Insofern nehmen wir mit unserem Antrag heute diese Einladung gerne an, Herr Minister, und schlagen Ihnen zwei gute Maßnahmen vor, die im Übrigen nicht nur aufgrund des zu bewältigenden Strukturwandels notwendig sind, sondern die vor allem vor dem Hintergrund der unbestritten notwendigen, inzwischen von allen gewollten Verkehrswende erforderlich sind.

Wer sich die Pendlerströme im nördlichen Revier ansieht, der hat keine Zweifel mehr an der Sinnhaftigkeit dieser beiden Verbindungen. Aber es gilt: Wer den Verkehrsträger Straße durch eine Veränderung des Modal Splits zugunsten der Schiene entlasten will, der braucht eine erhebliche Erneuerung und einen deutlichen Ausbau der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur, so wie wir ihn heute beantragen.

Abschließend will ich gerne einräumen, dass die von uns vorgeschlagenen Verbindungen unterschiedlich weit vorgedacht sind und die Relation Recklinghausen–Bochum dabei sicher vorne liegt. Heute kann sie nur über einen Umstieg in Wanne-Eickel bei einer Reisezeit von mindestens 35 Minuten hergestellt

werden. Nach der Reaktivierung der bestehenden Schienenstrecke kann diese Reisezeit direkt und umsteigefrei auf 19 Minuten reduziert, ja fast halbiert werden.

Das sind die Perspektiven, auf die die Pendler in der Region warten, und das nicht nur, wenn sie im Dauerstau auf der A43 stehen.

(Beifall von der SPD)

Geben wir den Pendlern diese Perspektive. Deshalb bitte ich um Unterstützung unseres Antrags und freue mich auf die Beratung im Verkehrsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rehbaum.

**Henning Rehbaum (CDU):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung tut sehr viel für die Verkehrswende und die Verbesserung von Bus und Bahn. Darüber ist gestern schon sehr ausführlich debattiert worden. Es geht um eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV in städtischen und ländlichen Räumen.

Wir setzen den RRX auf die Schiene. Wir sorgen dafür, dass Güter von der Straße auf die Schiene kommen. Damit entlasten wir die Straßen. Wir erweitern und verbessern das Radwegenetz. Das Azubiticket ist diese Woche dazugekommen, und wir treiben Innovationen durch die Möglichkeiten der Digitalisierung in einer ganz neuen Abteilung im Verkehrsministerium voran.

Die NRW-Koalition bringt Bus und Bahn voran, damit der Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV Spaß macht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sinnvoll kann auch die Reaktivierung von Schienenstrecken sein. Das können Schienenstrecken sein, auf denen heute noch Güterverkehr stattfindet, oder noch vorhandene stillgelegte Schienenstrecken. Dort realisierte Personenverkehre können ein sinnvoller Beitrag für guten ÖPNV sein.

Dafür gibt es aber klare Spielregeln. Verantwortlich sind hier die Aufgabenträger bzw. die Verkehrsverbände. Das ist seit der Bahnreform in den 90er-Jahren so.

Wie läuft so eine Reaktivierung? Die Projekte werden identifiziert, untersucht, begutachtet. Es gibt eine standardisierte Bewertung zur Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan des Landes. Das ist nur möglich, wenn der Nutzen höher ist als die Kosten.

Aktuell befinden sich 19 Reaktivierungsprojekte in Nordrhein-Westfalen in einer Bewertung. Daran sieht man: Das Thema steht ganz oben auf der Tagesordnung. Das Thema ist erkannt, und wir kümmern uns darum. Ich glaube, das kann man wirklich sehr positiv wertschätzen.

Wenn eine solche Berechnung, eine solche standardisierte Bewertung positiv verläuft, dann wird sie durch den Aufgabenträger eingereicht und über verschiedene Stufen – Bezirksregierung und Ministerium – weiter an den Verkehrsausschuss gegeben, der darüber abstimmen kann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Reaktivierungsprojekte entwickeln und zuschlagsreif machen, das ist zuallererst die Aufgabe des Aufgabenträgers, in diesem Fall des VRR. Mit ihrem Antrag spricht die SPD dem VRR offenbar eine gewisse Kompetenz und die Zuständigkeit für die Entwicklung von Reaktivierungsprojekten im SPNV ab und lädt die Verantwortung beim Land ab.

Der VRR ist der größte Verkehrsverbund Europas. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die SPD dem VRR an dieser Stelle etwas das Vertrauen entzieht. Das kann ich falsch verstanden haben, aber der Antrag liest sich so.

(Carsten Löcker [SPD]: Haben Sie!)

Wenn Sie dem Ruhrgebiet etwas Gutes tun wollen, dann unterstützen Sie den VRR dabei, Schienenprojekte zuschlagsreif voranzutreiben.

(Carsten Löcker [SPD]: Sie haben ja Ideen!)

Nur dann können wir im Verkehrsausschuss unsere Hand dafür heben und den Bürgern mit der Reaktivierung attraktiver Schienenverkehre im Ruhrgebiet und in ganz NRW zu mehr Mobilität verhelfen.

Wir konnten heute Morgen in der „Hertener Allgemeinen“ lesen, dass die Hamm-Osterfelder Bahn wohl am 6. Februar in den Verkehrsausschuss kommt. Der Drops ist also gelutscht, und man fragt sich, was denn dieser Antrag eigentlich soll.

Wir stimmen der Überweisung natürlich zu und freuen uns auf die Debatte.

Ich möchte an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank aussprechen

(Michael Hübner [SPD]: Kaum machen wir einen Antrag, schon steht es in der Zeitung!)

für die engagierte und gute Arbeit der Experten bei VRR, NVR, NWL und im Ministerium für einen attraktiven Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Reuter.

**Ulrich Reuter (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ähnlich wie beim Rheinischen Revier setzen Sie sich heute mit Ihrem Antrag für einen Sonderverkehrswegeplan ein, der insbesondere Schienenprojekte im nördlichen Ruhrgebiet beinhalten soll. Damit wollen Sie die Verkehrswende durch eine deutliche Verkehrsverlagerung auf den ÖPNV voranbringen. Der Antrag beansprucht das ganz große Rad der Verkehrspolitik.

So liest sich auch die pathetische Überschrift des Antrags: „Die Landesregierung muss Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet ist dringend geboten“. Liest man Ihren Antrag, so muss man feststellen, dass es nur um die Relation Recklinghausen–Bochum sowie Recklinghausen–Datteln–Lünen geht. Das ist alles in Ihrem Wahlkreis, Herr Becker. So macht man Wahlkreispolitik à la SPD, jedoch keine zukunftsweisende Verkehrspolitik für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Und das nach Ihren Haushaltsanträgen!)

Ich will meine Kritik systematisch entwickeln. Da ist zunächst die Forderung nach einem Sonderverkehrswegeplan. Das haben wir unlängst schon als Forderung für das Rheinische Revier gehört. Das scheint Ihre neue Allzweckwaffe zu sein. Wir haben jedoch den Eindruck, dass sich das Instrument eines Sonderverkehrswegeplans nur gut anhört. Es wird kaum dazu taugen, Planungen neu, besser und schneller zu verwirklichen, sondern wird eher zu einem weiteren Anwachsen unserer Planungsprozesse führen.

Mit dem Bundesverkehrswegeplan und dem ÖPNV-Bedarfsplan haben wir zwei etablierte Planungsinstrumente, die völlig ausreichend sind, um politisch zu definieren, was wir wollen.

Es wäre eher angesagt, die Prozesse möglichst deutlich zu beschleunigen, nicht aber zur bestehenden Planung noch eine neue Planung hinzuzufügen. Worum es aber sehr wohl geht – da stimme ich Ihnen zu –, ist: Wir müssen sehen, ob wir mehr Geld für sinnvolle Schienenprojekte organisiert bekommen. Das ist die eigentliche Frage, der sich die Politik stellen muss.

(Carsten Löcker [SPD]: So ist es!)

Wenn wir konkret die Strecke Recklinghausen–Lünen-Süd nehmen, dann ist doch Fakt, dass diese Strecke zur Bewertung des kommenden ÖPNV-Bedarfsplans angemeldet worden ist. Bei entsprechender Planungsreife und Wirtschaftlichkeit könnte

sie schon jetzt mit den Möglichkeiten des Landes nach § 13 ÖPNV-Gesetz gefördert werden.

Dagegen stellt sich bei der Nutzung der Strecke Recklinghausen–Bochum ein Problem betrieblicher Art. Der zuständige Aufgabenträger für Schienenpersonennahverkehr, der VRR, muss diese Frage angehen. Hier sollten Sie, Herr Becker, doch beste Kontakte in der SPD-Familie haben.

Doch darüber hinaus sollte man als Land vorsichtig sein, über die im ÖPNV-Gesetz bereits bestehenden Förderungsmöglichkeiten des Landes für Schienenprojekte hinaus weitere finanzielle Forderungen aufzustellen. Der Ausbau und die Reaktivierung von Schienenstrecken ist grundsätzlich Aufgabe des Bundes. Das richtet sich nach den Vorschriften des Bundesschienenwegeausbaugesetzes.

(Carsten Löcker [SPD]: Das ist sachlich falsch, Herr Kollege!)

Da die Schiene teuer ist und das Land nicht über die Einnahmemöglichkeiten des Bundes verfügt, sollten wir es beim Bund belassen.

Jedes Schienenprojekt, auch im Falle einer Reaktivierung, muss sich einer Kosten-Nutzen-Analyse stellen. Wenn die zu erwartenden Fahrgastzahlen eine entsprechende verkehrliche Bedeutung dokumentieren und die aufzuwendenden Kosten in einem angemessenen Verhältnis stehen,

(Carsten Löcker [SPD]: Das ist doch längst belegt!)

stellen Schienenreaktivierungen sicher ernst zu nehmende verkehrspolitische Optionen dar. Die sollten wir uns genauer ansehen. Im Verkehrsausschuss werden wir dazu Gelegenheit haben.

Gerne stimmen wir der Überweisung an den Verkehrsausschuss zu und freuen uns auf eine weitere Debatte. – Danke.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Rimmel.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verbindende in der Debatte ist sicherlich, dass keiner gegen eine Reaktivierung oder die vorgeschlagenen Strecken gestimmt hat, dass es grundsätzlich eine große Übereinstimmung gibt, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, und dass wir eine Gesamtstrategie für eine umfassende Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen bräuchten.

Dann wird es für mich aber ein bisschen schwierig. Deshalb ist der Vorschlag gut, das im Fachausschuss einzuordnen und zu diskutieren.

Ich sage es einmal mit meinen Worten: Wie stoßen wir was am besten in den Stiel? Erstens ist der Stiel nicht ganz klar. Zweitens ist nicht klar, in welchen Besen oder wohin auch immer er gestoßen werden soll. Drittens ist nicht klar, wer das Ganze macht.

(Henning Rehbaum [CDU]: Die Regeln sind doch klar!)

– Die Regeln sind klar, das ist ja gar keine Frage. Aber da ist der Zug gerade abgefahren.

(Carsten Löcker [SPD]: Es geht um die Geschwindigkeit!)

Wir haben die Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan in den letzten sieben, acht Jahren breit diskutiert. Leider haben die beiden Projekte, so ist unsere Information, bei den Anmeldungen keine Rolle gespielt. Weder hat der RVR darüber beraten und sie bewertet, noch hat die damalige Landesregierung sie nach Berlin gemeldet. Und wenn man sie nachmelden würde – im laufenden Verfahren ist es ja möglich, Projekte zusätzlich aufzunehmen –, stellt sich die Frage, welche Projekte stattdessen möglicherweise zurückgestellt werden.

Sollten wir an dieser Stelle nicht ein bisschen Kraft verwenden, um die Projekte, die wir als prioritär erkannt haben, aufzunehmen? In diesem Bereich gibt es ein prioritäres Projekt, wenn es um die Nord-Süd-Verbindung geht. Wir sollten nämlich endlich mit aller Kraft die Zweigleisigkeit auf der Strecke Dortmund–Münster herstellen. Dann stellt sich die Frage: Wie soll dieses Projekt in eine solche Prioritätenliste eingeordnet werden?

Die andere Ecke, wo man es eventuell unterbringen könnte, ist in der Tat der ÖPNV-Bedarfsplan. Er hakt aufseiten der Landesregierung. Das ist gar keine Frage. Da hat es bei der Erstellung Schwierigkeiten gegeben. Das wäre die richtige Plattform, um zumindest eine Einordnung und Priorisierung – auch mit anderen Projekten, die es ja gibt – hinzubekommen.

Hier müssen wir dringend vorankommen. Dafür braucht es die entsprechenden Grundlagen. Ich hoffe, dass der Minister gleich darstellen kann, wie weit die Arbeiten hier gediehen sind.

Dann kommen Sie auch auf die tagesaktuelle Frage zu sprechen, ob in Sachen Kohleausstieg auch Maßnahmen zum Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet vorgesehen sind.

Wir haben gegenüber der Landesregierung angemahnt, in die Debatte in Berlin und auch in die Kommission entsprechende Maßnahmen einzubringen, weil die Steinkohlekraftwerke gerade dort zu finden sind und die Energiewirtschaft selbstverständlich

hiervon betroffen wäre. Da haben wir bei der Landesregierung viele weiße Flecken entdecken müssen.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich bin mir nicht sicher, ob wir da nicht zu spät sind.

Aber zu spät ist es nie im Leben. Vielleicht haben wir noch eine Chance. Deshalb freue ich mich sehr auf die Beratung im Fachausschuss. Vielleicht können Sie bis dahin noch präzisieren, welcher Stiel in welchen Besen gestochen werden soll. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Vogel.

**Nic Peter Vogel (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag liest sich sehr spannend. Das muss ich Ihnen zugestehen. Denn er hat sehr viele ungewöhnliche Wendungen in sich.

Er fängt meines Erachtens sehr vernünftig an. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist sicherlich eines der Themen, mit denen wir uns in den nächsten wahrscheinlich zehn Jahren sehr intensiv auseinandersetzen müssen. Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur ist natürlich die Voraussetzung dafür, dass sich dort weiterhin Firmen und Betriebe ansiedeln. Es lohnt sich auch, weil das Ruhrgebiet ein ganz außergewöhnliches Potenzial hat.

Ich lese in dem Antrag weiter. Ein Sonderverkehrswegeplan für Nordrhein-Westfalen ist ein absolut diskussionswürdiger Punkt. Dem kann man sich einmal annehmen. Das, was darauf folgt, ist aber ein Sonderverkehrswegeplan Recklinghausen. Ich finde überhaupt keine Beispiele, bei denen es darum geht, sich unserer Stadtsituation in der Rheinschiene – Bonn, Köln, Düsseldorf – und im südlichen Ruhrgebiet oder unserer maroden Brücken anzunehmen.

Man ist fast geneigt, anzunehmen, dass eventuell irgendwo das eine oder andere Wahlkreisbüro Einfluss genommen hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich! – Zuruf von der SPD: Etwas sehr eigenwillig!)

– Wie gesagt: Das ist nur eine Hypothese. Ich gucke mir das Ganze einmal an.

Ich möchte Ihnen aber auch klipp und klar sagen: Es gab sehr viele vernünftige Vorschläge. Und dann nimmt das Ganze eine Wendung. Die Frage ist, ob das irgendwo, wie gesagt, mit den Wahlkreisbüros zu tun hat. Wir wollen da mal nicht so kleinlich sein.

Wir sind aber in einer anderen Situation kleinlich geworden. Denn wir haben uns all die Wunschstrecken

haarklein angeguckt, und zwar von Bahnhof zu Bahnhof, von Haltesteg zu Haltesteg – jeden einzelnen Kilometer. Da ist die Bilanz ernüchternd. Es gibt zwar – das muss ich Ihnen zugestehen – Teilstrecken, bei denen man eventuell noch einen Ausbau machen könnte. Ich rede jetzt nur von dem technischen Aspekt, überhaupt nicht von dem wirtschaftlichen; den blenden wir einmal aus. Es gibt diese Strecken.

Aber kurz darauf finden wir wieder kilometerweit einspurige Schienen, die überhaupt nicht baulich verändert werden können. Das liegt an der Geografie und an den baulichen Maßnahmen. Es ist nicht möglich. Strecken sind nun einmal keine Flickenteppiche. Wir müssen sie zusammenführen. Bahnnetze sind – ähnlich wie ein Ampelnetz in einer Metropole – ein äußerst komplizierter, fast organischer Kreislauf. Das eine tangiert das andere. Da können wir uns nicht einfach irgendwelche kleinen Wunschstrecken herausuchen.

Ich bin noch einmal sehr kulant, schaue mir andere Teilstrecken oder auch Bahnhöfe an und sage: Hier könnte es eventuell funktionieren. Aber da kommen wir wieder in Konkurrenz zu dem Fernverkehr oder dem Güterverkehr.

Spätestens bei Letzterem werde ich hellhörig. Ich habe gestern schon in der Aktuellen Stunde gesagt: Unser primäres Ziel sollte sein, sehr viel mehr Tonnen von den Lkws auf Schiff und Schiene zu bringen.

(Zuruf von der CDU)

Wenn das miteinander konkurriert, tun wir uns wirklich einen Bärendienst. Das heißt: Wenn wir den Individualverkehr etwas reduzieren, was begrüßenswert ist, aber gleichzeitig wieder die Lkw-Dichte auffüllen, wird das unserem Verkehrskollaps nicht entgegenwirken. Wir haben die ganzen Listen hier. Darin steht das haarklein.

Wir freuen uns auf die Überweisung in den Ausschuss. Wenn ich mir die Strecken genau angucke, muss ich aber sagen: Das ist wirklich kein Thema für den Landtag. Da müssen Sie nach Hogwarts gehen und sich einen Zauberstab leihen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst,** Minister für Verkehr: Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das hier ist der zweite Antrag der SPD ähnlicher Art.

Nach dem Sonderverkehrswegeplan für das Rheinische Revier kommt jetzt der Sonderverkehrswegeplan für das nördliche Ruhrgebiet.

Wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass es ein Sonderverkehrswegeplan für Teile des Kreises Recklinghausen ist. Das klingt wahrscheinlich zu Hause gut. In der Lokalpresse scheint es gut verwertbar gewesen zu sein.

Was kommt als Nächstes? Der Sonderverkehrswegeplan für jeden Landkreis? Das sichert uns hier regelmäßige Debatten, die wir gerne führen. Aber es zeigt auch auf, dass Sie da systematisch nicht gut aufgestellt sind.

Es mangelt uns nun wirklich nicht an Plänen. Wir haben einen Bundesverkehrswegeplan. Wir haben einen nordrhein-westfälischen Masterplan zum Abarbeiten des Bundesverkehrswegeplans für die Straße. Wir haben einen Landesstraßenbedarfsplan und ein Landesstraßenplanungsprogramm.

Wir hätten auch einen ÖPNV-Bedarfsplan haben können, wenn nicht die Vorgängerregierung den Status null hinterlassen hätte. Wir mussten eine Auftragsvergabe für die Erarbeitung einer Datenbasis aufheben, weil man sich mit einem nicht ganz leistungsfähigen Büro verabredet hatte. Wir haben das jetzt neu in Auftrag gegeben. Das, Herr Remmel, wäre der Spatenstiel zu der Schippe gewesen. Die Grundlage wäre der ÖPNV-Bedarfsplan.

Es gibt die Erneuerung noch nicht. Wir arbeiten auf der Basis des alten ÖPNV-Bedarfsplans mit Einzelbewertungsverfahren. Das ist unglaublich träge und langsam. Es ist die Zuständigkeit – Kollege Rehbaum hat es eben im Detail beschrieben – der Verkehrsverbände.

Das alles lässt sich natürlich draußen nicht schick erklären. „Sonderverkehrswegeplan für den Kreis Recklinghausen“ klingt viel schicker. Das ist eine propagandistische Glanzleistung, bringt in der Sache aber nichts weiter.

Ich will Ihnen kurz beschreiben, an welchen Reaktivierungen gerade gearbeitet wird. Die Niederrheinbahn nach Kamp-Lintfort ist beschlossene Sache; da sitzen alle an der möglichst zügigen Umsetzung. Dann werden 18 stillgelegte SPNV-Strecken geprüft: WLE Münster–Sendenhorst, TWE-Strecke Harsewinkel–Gütersloh–Verl, dann Bocholt–Borken–Münster, Hertener Bahn, Bördebahn Düren–Euskirchen usw. usf.

Es ist also eine große Vielzahl von Maßnahmen in der Überprüfung. Ich finde es gut, dass Sie jetzt noch weitere Ideen haben. Dazu habe ich Sie ausdrücklich ermuntert. Wir dürfen da nicht kleinmütig sein. Viele Leute glauben nicht, dass wir wieder neue Züge ans Fahren kriegen. In allen Regionen schaue ich in große Augen, wenn ich das sage. Ich bin aber ein großer Fan davon. Ein noch größerer Fan wäre ich,

wenn wir einen ÖPNV-Bedarfsplan hätten, sodass wir es heute schon in die Operationalisierung geben könnten.

Wir brauchen nicht mehr Pläne. Wir brauchen mehr Planer und mehr Spatenstiche, meine Damen und Herren. Vielleicht sind wir uns darin einig.

Ich freue mich auf die Debatte. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/4807** an den **Verkehrsausschuss** zu **überweisen**. Dort soll dann die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Darf ich die Zustimmung des Hauses feststellen? –

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jawohl!)

Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

#### **4 Umweltverträgliche Zusammensetzung und Entsorgung von Reitböden in NRW sicherstellen!**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4793

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, hierzu heute keine Debatte zu führen.

Daher empfehlen die Fraktionen, den **Antrag Drucksache 17/4793** an den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Sportausschuss** zu **überweisen**. Die Beratung und Abstimmung soll dann nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses hier im Plenum erfolgen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über diese Überweisungsempfehlung. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit beim Tagesordnungspunkt

#### **5 Den Arbeitern in der Automobilbranche in NRW den Rücken stärken: Förderung der E-Mobilität umgehend stoppen und Ausbeutung von Mensch und Natur unterbinden**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/4804

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD dem Abgeordneten Loose das Wort. Bitte sehr.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie muss sich ein Malocher da draußen fühlen, der nicht einmal das Geld hat, einen Dacia Sandero für 7.000 Euro zu kaufen, während jemand, der sich einen Tesla für 60.000 Euro kauft, 4.000 Euro Kaufprämie bekommt?

In Bezug auf die Förderung des rumänischen Kleinwagens sagt die Bundesregierung: Nein, dafür gibt es kein Geld. – Aber bei einem amerikanischen Luxus Schlitten, einem Elektromobil, gibt es natürlich 4.000 Euro dazu. Das ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die sich nicht einmal einen Gebrauchtwagen für 4.000 Euro leisten können.

Wie heißt es so schön? E-Autos sind für Millionäre, nicht für Millionen. Schauen wir uns noch einmal an, wer sich ein E-Auto kauft. Das sind diejenigen, die schon einen Erst- oder Zweitwagen haben und jetzt, wenn es Winter wird und die Batterie schlappmacht, einfach mit ihrem Verbrenner-Auto zum Shoppen oder zum Arbeiten fahren. Letztlich sind die E-Autos in Deutschland Lifestyle-Produkte für Besserverdienende, bezahlt durch die Steuern der Malocher.

Die bundesweite Kaufprämie reicht ja noch nicht. Auch das Land NRW fördert jedes Jahr mit Millionen und Abermillionen die Elektromobilität.

Wenn das Geld wenigstens einen Nutzen für die Umwelt hätte, könnte man das ja noch verstehen. Doch wird mit E-Autos eben nicht die Welt gerettet. Vielmehr kommt es zu unglaublichen Umweltschäden und menschenverachtenden Zuständen in den Abbaubereichen der Rohstoffländer.

Im Kongo wird der Rohstoff Kobalt gewonnen. Dort arbeiten Kinder in den Minen unter erbärmlichen Umständen. Ich empfehle Ihnen allen die Lektüre des Artikels mit der Überschrift „Kobaltminen im Kongo – In der Grube wartet der Tod“. Die Politik und die Automobilindustrie schauen tatenlos zu, während diese Kinder ausgebeutet werden.

Wie sieht es in Chile aus, wo das Lithium für die Batterien gewonnen wird? Für die Gewinnung des Lithiums wird extrem viel Wasser benötigt, am Tag bei

spielsweise 21 Millionen Liter Grundwasser – Wasser, das letztlich der einheimischen Bevölkerung fehlt.

Das E-Auto ist damit in Wahrheit nicht das umweltfreundliche Auto, wie es von Ihnen allen hier suggeriert wird. An jedem E-Auto klebt auch das Blut der Kinder, die im Kongo in den Minen gestorben sind. Hören Sie also endlich mit der Förderung dieser Umweltzerstörung auf!

Es gibt aber nicht nur Umweltgründe, die gegen das Elektroauto sprechen.

Nehmen wir einen Fall in Bochum. Dort hat ein Bürger angeregt, die Linie 354 um eine Haltestelle zu erweitern. Es ging um 850 m. Die Verwaltung hat dazu Nein gesagt – mit der Begründung, diese Linie solle demnächst mit Elektrobussen befahren werden, und bei einer Verlängerung der Linie brauche man einen zusätzlichen Bus. Es ging um 850 m. Welch ein Wahnsinn!

Was wir in NRW brauchen, ist eine technologieoffene Forschungsförderung. Was wir nicht brauchen, ist eine einseitige Subventionierung der E-Mobilität, die letztendlich ohnehin nur den Besserverdienenden zugutekommt.

Gerade bei der Erforschung der Batterietechnik fehlen die großen Innovationen. In den letzten 200 Jahren ist da nicht wirklich etwas Bahnbrechendes passiert. Das hat rein chemische und physikalische Gründe. Das Problem ist nämlich die Energiedichte. Je dichter Sie eine Batterie bauen, desto eher fängt sie an zu brennen. Hier braucht es ehrliche harte Forschungsarbeit und keine einfachen populistischen Lösungen. Jeder Euro, der in die Subventionierung der E-Mobilität fließt, fehlt am Ende in der Forschung.

Aber Ihnen reichen noch nicht einmal die Subventionen für die E-Mobilität. Sie versuchen auch immer wieder, den Verbrennungsmotor madig und immer teurer zu machen. Jetzt kommt der Bundesverkehrsminister mit immer neuen Ideen: höhere Steuern auf Diesel, höhere Steuern auf Benzin, höhere Kfz-Steuern, flächendeckendes Tempolimit usw. usw.

Die Gängelung geht so weit, dass sich der einfache Bürger am Ende nicht einmal mehr ein kleines Auto leisten können wird. Er wird dann auf den ÖPNV verwiesen, der diese Massen doch gar nicht aufnehmen kann.

Vor allem: Wie sollen die Arbeitnehmer überhaupt noch ein Auto, geschweige denn ein Elektroauto, kaufen können, wenn dann ihre Arbeitsplätze weg sind? Deutschlandweit sind 160.000 Arbeitsplätze in der Automobilbranche in Gefahr. Auch hier in Köln werden Entlassungen bei Ford kommen; mein Kollege wird noch näher darauf eingehen.

Deshalb fordern wir die sofortige Beendigung aller entsprechenden Förderprogramme und ein klares

Signal an die Automobilbranche und deren Arbeitnehmer, dass wir ihnen den Rücken stärken und sie nicht im Stich lassen, sondern ihnen weiter entsprechend helfen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Das war der Abgeordnete Loose für die Fraktion der AfD. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Franken das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Björn Franken (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft, ist auch dieser AfD-Antrag übersät mit Pauschalierungen, ideologischen Überspitzungen und vor allem

(Zuruf von der AfD)

dem Versuch, zu verunsichern, um eigene Vorteile zu erlangen.

Die Behauptung, unsere Förderung der E-Mobilität würde – wir haben es gerade gehört – Mensch und Umwelt weltweit Schaden zufügen und die ganze Automobilbranche gefährden, ist schlichtweg an den Haaren herbeigezogen.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein, das ist Fakt!)

Für eine möglichst schnelle Transformation des Verkehrssektors benötigen wir einen vielfältigen Antriebsmix. Die Herausforderung, eine uneingeschränkte Mobilität mit den Klimaschutzziele des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen, ist groß. Der Schutz von Mensch und Umwelt hat für uns dabei oberste Priorität. Es gilt, mit einer nachhaltigen und effizienten Klimaschutzpolitik anzusetzen, ohne jegliche Mobilität einzuschränken.

Daher streben wir Lösungen jenseits von Fahrverboten an. Dafür fördern wir entgegen Ihren Behauptungen nicht nur die Elektromobilität, sondern einen Mix aus vielfältigen Antriebsformen wie zum Beispiel Brennstoffzellen, Wasserstoff und Erdgas. Dieses Zusammenspiel ist ein zentraler Pfeiler der emissionsarmen Verkehrspolitik.

Aussagen über die Klimabilanz eines Elektrofahrzeuges sind nur unter Berücksichtigung dessen gesamter Lebensdauer möglich. Allerdings sind die Treibhausgasemissionen dieser Fahrzeuge laut dem Bundesumweltministerium und vielen anderen Fachleuten bereits jetzt weitaus geringer als bei vergleichbaren Modellen mit Verbrennungsmotor.

Die Elektromobilität bietet großes Potenzial. Sie steckt jedoch noch in den Kinderschuhen. Es ist unsere Pflicht, die Entwicklung, Forschung und Nutzung dieser Antriebsform zu fördern; denn über die Forschung verbessert sich über die Jahre die Klimabilanz dieser Antriebsform immer weiter.

Die Automobilindustrie ist einer der führenden Wirtschaftszweige in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen. Sie genießt international großes, vielleicht sogar größtes Ansehen. In China, dem größten Markt für die deutsche Automobilindustrie, ist der Absatz von Elektrofahrzeugen im vergangenen Jahr um 62 % gestiegen.

(Zuruf von der AfD)

Es ist das Eigeninteresse der Hersteller, auf den internationalen Märkten bestehen zu können. Daher kommt das Umdenken der Branche. Ihre Behauptung, es wäre die Politik in Deutschland, die mit ihren Förderprogrammen oder mit träumerischer Ideologie

(Zuruf von der AfD)

die Autohersteller dazu drängt, primär die Elektromobilität auszubauen, ist falsch. Es sind die Absatzmärkte, die eine klare Sprache sprechen. Darauf reagieren die Hersteller. Nichts anderes ist es.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Franken, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt vom Abgeordneten Loose den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie zu?

**Björn Franken (CDU):** Gern.

**Christian Loose (AfD):** Vielen Dank, Herr Franken, dass Sie die Frage zulassen. – Es geht um den chinesischen Markt, von dem Sie gerade sagten, dass die Umsatzzahlen so groß seien. Ist Ihnen – jetzt kommt die Frage – bekannt, dass in China der Chery eQ, das beliebteste Auto, ohne Subventionen einen Absatzpreis von 19.000 Euro hätte, aber mit Subventionen mit 8.500 Euro auf den Markt geht? Das heißt, dass es dort auch staatliche Subventionen gibt. Und ist Ihnen bekannt, dass der Staat eine planwirtschaftliche Quote von 10 % bei den Neuwagenzulassungen eingeführt hat?

**Björn Franken (CDU):** Herr Loose, das ist genau der Punkt. Sie verteufeln die gesamte Technologie im Vorfeld.

(Christian Loose [AfD]: Das war eine Frage!)

Sie müssen anerkennen, dass der Verbrennungsmotor, zum Beispiel der Diesel, hier auch nicht als Euro 6d-TEMP auf die Welt gekommen ist. Es hat Jahre und Jahrzehnte gedauert, um diesen Motor zu dem tollen Produkt zu verbessern, das heute auf dem Markt erhältlich ist.

So wird es auch bei der Elektromobilität kommen. Die Fachleute sind sich einig: Sie birgt riesiges Potenzial. Hier die Möglichkeiten zu eröffnen, durch

Forschung die Felder weiter zu intensivieren, macht einfach Sinn. Dem sollte man sich nicht kategorisch oder ideologisch verschließen.

(Beifall von der CDU)

Es wäre ein großer Fehler, die aktuelle Trendwende innerhalb der Automobilindustrie nicht mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Wir müssen neben den finanziellen Mitteln vor allen Dingen eines liefern – und das übersehen Sie wie so oft –: Wir brauchen Planungssicherheit. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Nur dann kann NRW zu einem der führenden Standorte im Bereich der Elektromobilität werden und von den daraus resultierenden wirtschaftlichen Chancen profitieren. So – und nur so – kann man den Arbeitern in der Automobilbranche, die Sie so oft ansprechen, den Rücken stärken und einen zukünftig sicheren Arbeitsplatz geben.

Ihre Behauptung, unsere Förderstrategie würde Ideologiefreiheit und Technologieoffenheit verhindern,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

entspricht wieder nicht den Tatsachen. Im September des vergangenen Jahres haben Sie unseren Antrag „Innovative Antriebe fördern und technologieoffenen Fortschritt ermöglichen“ unterstützt.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Ja! Das ist aber etwas anderes!)

Sie haben nicht nur für unseren Antrag, sondern auch für unsere Förderstrategie gestimmt. Wieso stellen Sie sich denn jetzt, gerade einmal vier Monate später, dagegen und fordern eine gesamte Kehrtwende gegenüber dem Antrag, den Sie vor vier Monaten noch unterstützt haben? Heute hü, morgen hott!

(Horst Becker [GRÜNE]: Übermorgen fott!)

Sie sollten sich endlich klar darüber werden, in welche Richtung Sie reiten wollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In einem Klima, das von Schlagworten wie „Dieselfahrverbote“ und „Hardwarenarrungen“ geprägt ist, gehen Sie sogar so weit und schüren die ohnehin schon große Verunsicherung in der Bevölkerung und in der Automobilindustrie immer noch weiter, um Ihren politischen Nutzen daraus zu ziehen.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

In Zeiten wie diesen handeln verantwortungsvolle Politiker genau anders. Unsere Aufgabe ist es, ruhig und sachlich die Automobilindustrie in dieser Phase des technologischen Umbruchs zu unterstützen und auch künftig die Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen. Das ist unsere Aufgabe in der heutigen Zeit.

Die vor uns liegenden Herausforderungen sind groß. Das ist überhaupt keine Frage. Die von Ihnen angesprochenen Problemfelder der Umweltschäden und der Kinderarbeit sind reale Probleme. Sie sind aber erkannt und werden durch internationale Abkommen mehr und mehr bekämpft. Für deren Einhaltung ist die gesamte internationale Staatengemeinschaft verantwortlich. Hier gilt es, Lösungen für etwaige Rechtsmissachtungen zu finden, anstatt dem gesamten Industriezweig mitten im Prozess die Berechtigung zu entziehen.

Gewinn und Potenzial für Mensch und Umwelt sind größer als die Risiken. Wir werden auch künftig schnell umzusetzende, kostengünstige und klimaschonende Antriebsformen fördern. Dafür werden wir auch im Ausschuss werben. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Franken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Stinka das Wort. Bitte sehr.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Loose, gleich zu Beginn der heutigen Aussprache: Dass Sie von wirtschaftlichen Zusammenhängen und von Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie keine Ahnung haben, haben Sie mit Ihren Aussagen zu Ford noch einmal unterstrichen.

(Zuruf: So ist das!)

Fords Absatz leidet unter dem Brexit. Sie in der AfD sollten noch einmal deutlich unterstreichen, wohin das führt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ihnen ist kein Thema zu billig, um den Fokus auf solche Fragen zu legen. Schauen Sie heute in die Zeitung. Gucken Sie in den Wirtschaftsteil. Dann wissen Sie, wovon wir reden – Sie aber nicht. Denn Ihnen geht es, wie mein Kollege vorhin schon gesagt hat, um Populismus und das Schüren von Ängsten und Sorgen. Daher reden Sie immer am Thema vorbei. Das haben Sie hier deutlich unterstrichen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist klar: Elektrofahrzeuge sind nur so sauber wie der Strom, mit dem sie fahren. Das ist für die AfD natürlich wieder ein schwieriges Feld, weil sie ja auch der Auffassung ist, dass der Weg in Richtung erneuerbare Energien der absolut falsche Weg ist.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Es ist aber auch richtig, dass bei der Herstellung von Elektroautos mehr CO<sub>2</sub> als beim Bau eines gleich großen Diesels und Benziners entsteht. Die Produktion des Akkus ist rohstoff- und energieintensiver als die Herstellung der für einen Verbrenner spezifischen Teile. Das ist der CO<sub>2</sub>-Rucksack, der am Anfang des Lebens eines Elektroautos natürlich stärker belastet ist als bei einem Verbrenner.

Allerdings – und jetzt gilt es zuzuhören – holen die Elektroautos diesen Nachteil im Laufe des Fahrzeuglebens wieder auf.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wie schnell das geschieht, ist von verschiedenen Parametern abhängig, beispielsweise von dem Fahrverhalten oder eben von dem Strom, von dem ich eben gesprochen habe, mit dem das Auto produziert wird und mit dem es fährt.

Pauschal kann es folgendermaßen formuliert werden: Die CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Autos ist in jedem Fall über seinen gesamten Lebenszyklus zu betrachten und eine komplexe Frage.

In diesem Zusammenhang wird gerne auf die sogenannte Schweden-Studie verwiesen, um zu belegen, dass das Elektroauto ein Irrweg sei. Demzufolge würden bei der Herstellung eines E-Autos 17 Tonnen CO<sub>2</sub> entstehen. Beispielsweise müsste ein Tesla bis zu 200.000 km fahren, bis er den enormen CO<sub>2</sub>-Nachteil aus seiner Produktion gegenüber dem Diesel wieder aufgeholt hätte.

Die Zahl, die dort genannt wird, beruht jedoch unter anderem auf einem aus dem Kontext gerissenen Worst-Case-Szenario, das veraltet ist und dann auch noch fälschlicherweise auf die Daten in Deutschland übertragen wurde. Mittlerweile haben sich beide Autorinnen – das dürfte Ihnen nicht entgangen sein – von dieser Berichterstattung distanziert und betonten, dass die Annahmen in der Studie völlig veraltet sind.

Blickt man auf die Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2017 und betrachtet den gesamten Lebenszyklus eines Elektroautos, wenn es zwölf Jahre alt wird,

(Christian Loose [AfD]: So lange halten die Batterien gar nicht!)

stellt man fest, dass es bereits heute eine bessere Gesamtbilanz hat: 27 % weniger CO<sub>2</sub> als ein Benzin, 17 % weniger CO<sub>2</sub> als ein Diesel.

Dabei ist noch nicht einkalkuliert, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, dass die Autoakkus auch noch ein zweites Leben haben können, nachdem das Auto, also die Karosserie, verschrottet worden ist, zum Beispiel als Zwischenspeicher in Stromnetzen. Außerdem können die Akkus zum großen Teil recycelt werden.

Der Energiemix wird sich nach unserer Einschätzung darüber hinaus auch weiter wandeln. Auch die Batterien werden weiterentwickelt. Für Sie ist ja das Schwierige, dass sich Zukunft immer auch über Weiterentwicklung organisiert,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

weil Sie statt Innovationen Stillstand lieben.

Die Batterie von vor 100 Jahren, die Sie hier immer anführen, gibt es heute nicht mehr. Heute haben wir andere Techniken. In diesem Bereich findet doch Forschung statt. Ich glaube an Forschung und Innovation, Herr Loose.

In Ihrem Antrag blenden Sie die Emissionseinsparungen, Stichwort Stickstoffdioxid, sowie die Umweltschäden von Verbrennern völlig aus, als sei es gesund, einen Verbrennungsmotor durch die Gegend zu fahren.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stinka, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Loose würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**André Stinka (SPD):** Ja.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte, Herr Abgeordneter.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Herr Stinka, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie hatten gerade angesprochen, dass vor 100 Jahren die Batterietechnik ganz anders war als jetzt.

Meine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass das Reichspostauto der Firma Bergmann vor 100 Jahren in etwa die gleichen Leistungsmerkmale hatte wie der Street-Scooter von der Deutschen Post? Nur damals hatte man eine Zuladung von 2 t, während der StreetScooter nur eine Zuladung von 800 kg hat, das heißt, dass er sogar in seinen Leistungsdaten schwächer ist. Ist Ihnen das bekannt?

**André Stinka (SPD):** Herr Loose, mir ist bekannt, dass wir mit dem StreetScooter in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den Postbediensteten ein Zukunftsprodukt herstellen und dass wir dafür einen breiten Markt bedienen können und wir dadurch Investitionen organisieren. Das ist mir bekannt. Ich weiß, dass der Wagen gerade von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr gelobt wird, weil sie nämlich an der Entwicklung dieses Wagens beteiligt waren.

Ob das damals bei der Reichspost – Sie beschäftigen sich ja immer mit der Vergangenheit – der Fall

gewesen ist, weiß ich nicht. Ich bin 1965 geboren. Daher kann ich Ihnen dazu nichts sagen. Tut mir leid.

(Beifall von der SPD und Verena Schäffer [GRÜNE])

Es ist für mich als Mitglied im Umweltausschuss schon erstaunlich, dass sich jetzt die AfD so um Umwelt, Gesundheit und die Menschen sorgt. Wir kennen die Debatte um die Dieselfahrverbote, wir kennen die Debatte um viele andere Fragen, wobei Sie ja Umweltstandards immer für falsch, schädlich und den Arbeitsplatz gefährdend halten. Wir halten das für richtig. Es ist absolut klar, dass wir handeln müssen. So werden Innovationen nämlich freigesetzt.

In Ihrem Antrag betonen Sie, dass Wille und Handeln der regierungstragenden Fraktionen der Ideologiefreiheit und der Technologieoffenheit widersprechen.

Nun sind wir nicht die Regierung, aber ich sage Ihnen, dass für uns Sozialdemokraten außer Frage steht, dass wir für innovative Antriebsmöglichkeiten eintreten und dass mittlerweile – meine Vorredner hat es dargestellt – viele Technologieoptionen auf dem Tisch liegen.

Ist es aber nicht endlich an der Zeit, dass die Politik nun endlich deutlich vorgibt, in welche Richtung die Reise gehen soll, dass die Automobilindustrie ihr verspieltes Vertrauen endlich wieder deutlich verbessern muss und dass Autokäufer auch klar wissen müssen, in welche Richtung die Reise in den nächsten Jahren gehen wird? Das wäre ein deutliches Signal. Dafür ist Politik auch zuständig, und das muss Politik auch leisten.

Technologieoffenheit ist definitiv ein wichtiger Aspekt. Sie kann aber auch dazu führen, dass der Modus des Verharrens, des Abwartens und des wiederholten Diskutierens eintritt. Das ist für einen Wirtschaftsstandort, das ist für eine Gesellschaft aber gerade nicht der richtige Weg. Das kann – und das sage ich in Richtung Landesregierung und regierungstragende Fraktionen – nicht unser Anspruch in Nordrhein-Westfalen, in einem Land sein, das gerade im Bereich der Mobilität und Automobilzulieferer einen wichtigen Aspekt zu leisten hat. Wir stehen für Komponentenhersteller in Nordrhein-Westfalen, die sich zukünftig entwickeln müssen, um sich auf dem Markt zu engagieren.

Wenn Sie hier die Fördermaßnahmen kritisieren, dann bitte ich Sie, fragen Sie doch mal Ihre Bundestagsfraktion, warum sie eine Gesetzesinitiative einbringt, um E-Fuels zu unterstützen und zu subventionieren. Sie müssen sich schon entscheiden, Herr Loose, was Sie wollen. Entweder wollen Sie etwas fördern oder Sie sagen, dass sich alles am Markt etablieren muss.

Ein ganz wichtiger Aspekt, den wir heute hier ansprechen müssen, ist, dass wir nicht ignorieren können,

wie sich globale Marktentwicklungen beim Thema „Mobilität“ weltweit setzen.

Hinsichtlich des chinesischen Marktes, der vorhin auch schon einmal angesprochen worden ist und einen der größten Absatzmärkte darstellt, legen Sie eine große Ignoranz an den Tag. Sie wissen auch, dass dort eine verbindliche Elektroquote in den nächsten Jahren vorgeschrieben wird. Mir ist sehr daran gelegen, dass auch deutsche Unternehmen und deutsche Automobilkonzerne dann dort Player im Bereich Elektromobilität sind. Da kann sich die Automobilindustrie keinen schlanken Fuß machen. China wird sich nicht davon abbringen lassen, diese Technologie nach vorne zu bringen, weil sie in den Städten Umweltprobleme haben – das wissen wir alle –, weil die Luftprobleme in China groß sind und weil China genau weiß, dass es im Bereich der Elektrotechnologie einen Innovationsvorsprung vor der Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland hat. Deswegen ist es dringend geboten, dass wir diesen Wettbewerbsnachteil durch Forschung und Innovation wettzumachen.

Daher ist dieses „für den Malocher eintreten“ wirklich Gequatsche. Sie tun den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Kfz-Unternehmen einen Tottan, wenn wir diese Innovation ausblenden.

Wenn Sie sich die Innovationen in den letzten Jahren in den Automobilen anschauen wie Airbag, Gurte, viele Abstandsregelungen ...,

(Horst Becker [GRÜNE]: Katalysatoren!)

– Auch die Katalysatoren! – Da war zunächst immer ein Riesengeschrei. Ich war damals auch, als es um die Demonstrationen gegen das Waldsterben ging, dabei gewesen. Die Automobilindustrie stand kurz vor dem Niedergang, weil der Katalysator kam. Was haben wir heute? – Der Katalysator ist da.

Es ist Aufgabe von Politik, hier ganz klare Richtlinien vorzugeben. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie verspielt wird, weil Sie alles blockieren und Sie die Leute hier im Land meschugge machen, dann leisten Sie nichts für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie können sicher sein, dass wir Sozialdemokraten das dahin tragen,

(Helmut Seifen [AfD]: Ich sage nur: 15 %)

wo es hingehört, nämlich zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass Sie Innovationen verhindern und nicht wollen, dass in China deutsche Automobile fahren. Das werden wir ganz klar und laut auch hier sagen. Darauf können Sie sich verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. Sie haben gesehen, es ist

eine Kurzintervention des Abgeordneten Loose angemeldet. Sie wollen sie vom Platz entgegennehmen.

Herr Abgeordneter Loose, Sie haben das Mikrofon frei für 90 Sekunden. Bitte sehr.

**Christian Loose (AfD):** Herr Stinka, Sie hatten etwas zu Ford gesagt. Sie sollten hierzu einmal den „WeLT“-Artikel lesen:

„Ford ist der erste Verlierer im ‚automobilen Endspiel‘. Nur die ganz großen Autokonzerne können die teure Entwicklung von Elektroautos stemmen. Ford ist zu klein, baut deshalb sein Europageschäft komplett um.“

Das heißt, es kommen die Entlassungen aus dem System Elektroauto, weil sie es sich nicht leisten können. Es liegt nicht am Brexit.

Zum Thema „China“. Es ist doch relativ klar: Die Chinesen können in keiner Weise mit den Verbrennungsmotoren aus dem europäischen Markt mithalten. Deshalb investieren sie tatsächlich in die Elektromobilität, aber mit massiven Subventionen. Der Kollege wusste es ja nicht. Der Chery eQ ist der meistverkaufte Wagen in China und kostet 150.000 Yuan, wenn man nicht subventionieren würde. Durch die Subvention sind es 64.000 Yuan. Damit kostet das Auto in etwa 8.500 Euro statt 19.000 Euro. Diese E-Autos der Chinesen sind in keiner Weise wettbewerbsfähig. Das, was Sie hier in Deutschland machen, indem Sie Elektromobilität fördern, führt auch noch dazu.

Der Elektromotor ist seit 120 Jahren bekannt. Es ist ein extrem einfaches Produkt. Der Motor ist nie das Problem gewesen, sondern die Batterie. Die Kollegen vom Autohersteller NiedersachsenMetall sagen ganz klar: Statt 200.000 Arbeitsplätze werden wir nur noch 40.000 haben, weil nämlich die Motoren viel einfacher herzustellen sind. Die Batterien werden in China hergestellt, weil die viel günstigere Energiekosten haben. – Ich glaube, die Redezeit ist vorbei. Deswegen lasse ich es dabei.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Völlig richtig bemerkt, Herr Abgeordneter. – Herr Kollege Stinka, Sie haben 90 Sekunden Zeit für die Erwiderung. Bitte sehr.

**André Stinka (SPD):** Herr Loose, ich habe Ihnen gerade deutlich gemacht, das unterscheidet uns. Ich kenne viele Batterieforschungseinrichtungen, unter anderem in Münster, wo ich Ihnen mal einen Besuch empfehle. Ich glaube an Innovationen durch Regelungen, die Politik vorgibt. Denn das ist unsere Aufgabe. Wir sagen nicht, wie man fahren soll,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

wir sagen nur, dass diese Richtung organisiert werden soll.

Ich hatte Ihnen davon berichtet, dass ich als Jugendlicher erlebt habe, dass beispielsweise der Airbag nur in der S-Klasse zu kaufen war. Sie können sich vorstellen, das konnte ich mir als Arbeiterkind natürlich nicht leisten. Davon haben wir nur geträumt.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

– Ist keine Trauer; ist alles in Ordnung. Heute gibt es den Airbag in allen Autos, heute schützen wir damit alle Menschen. Ich glaube, dass Sie sich durch Ihre Haltung selbst entlarvt haben. Sie wollen auf Bundesebene E-Fuels fördern, subventionieren und sprechen hier davon, dass alles technologieoffen sein muss. Wir müssen diesen Prozess organisieren.

Wer wie Sie den Markt China so kleinredet und sagt, dass die Innovationen hier vernachlässigt würden, der hat von Wirtschaft keine Ahnung und muss uns Sozialdemokraten das nicht erläutern. Ende der Durchsage!

(Beifall von der SPD – Helmut Seifen [AfD]:  
Dabei haben alle Demokraten hier eine Ahnung! Das ist eine ganz neue Entwicklung!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Middeldorf das Wort.

**Bodo Middeldorf (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich könnte man sich bei jeder Debatte über den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen über das Thema „Mobilität in unserem Land“ freuen. Natürlich gibt es unterschiedliche Haltungen. Aber ein solcher Antrag wie der, der hier von der AfD vorgelegt wird, nimmt einem doch jede Freude an der Debatte.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich will das Fazit vorwegnehmen. Ihre Prämissen, Herr Loose, sind falsch, Ihre Analyse ist falsch, Ihre Schlussfolgerungen sind falsch, und die Angstmacherei, mit der Sie hier agieren, ist unverantwortlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wenn man irgendein Interesse an der Gestaltung der Politik in diesem Land hat, dann muss man Entwicklungen aufgreifen, man muss sie begleiten, und man muss sich Gedanken darüber machen, wie man die Herausforderungen annimmt. Und man sollte nicht das machen, was Sie hier tun. Ihr Weg ist nämlich ein anderer. Sie stellen sich hier hin und sagen: Diese Zukunft wollen wir nicht. – Sie meinen offenbar allen Ernstes, dass Sie die internationale Entwick-

lung in diesem Bereich einfach aufhalten oder stoppen könnten. Das ist geradezu absurd, was Sie hier betreiben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann garnieren Sie das Ganze auch noch mit dem vergifteten Versprechen an die Beschäftigten, dass alles so bleiben könnte, wie es ist. Sie spielen mit den Ängsten der Menschen in diesem Land, und Sie schüren auch noch die Ängste vor der Zukunft.

(Beifall von der FDP – Helmut Seifen [AfD]:  
Kommen Sie doch mal zu Ihren Fakten!)

Ihre Behauptung, die NRW-Koalition fördere einseitig die Elektromobilität, ist schlichtweg unwahr. Wir haben uns als NRW-Koalition immer für einen technologieoffenen Ansatz ausgesprochen. Noch im vergangenen Jahr – das ist bereits angesprochen worden – haben wir einen Antrag beschlossen, mit dem wir auch den Einsatz anderer Energieträger fördern wollen.

Wenn Sie sich den Verkehrsetat mal anschauen würden, dann würden Sie sehen, dass wir die gesamte Bandbreite an Mobilität in unserem Haushalt abbilden.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Davon ist die Elektromobilität ein Baustein, meine Damen und Herren. Natürlich – das ist nicht zu leugnen, sondern es ist unsere Zielsetzung – legen wir einen Schwerpunkt beim Thema „Elektromobilität“.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wenn wir unsere Innenstädte sauber halten wollen, wenn wir unsere Wirtschaft fit machen wollen für den Transformationsprozess im Rahmen der Mobilität, dann führt an der Elektromobilität kein Weg mehr vorbei, und dann ist es richtig, dass dieser Staat, dieses Land, unsere Regierung Verantwortung dafür übernimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP, der CDU und Arndt Klocke [GRÜNE])

Bizarrr wird es dann, wenn Sie sich zum Schutzpatron der deutschen Automobilindustrie und deren Beschäftigten aufschwingen. Ich frage mich wirklich: Wissen Sie eigentlich, was in Nordrhein-Westfalen passiert? Unser Land ist ein starker, ein führender Standort beim Thema „Elektromobilität“, im Fahrzeugbau, in der Zulieferung, in der Ladeinfrastruktur. In NRW sitzen führende Forschungsinstitute im Bereich der Batterieforschung,

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wie viele Arbeitsplätze?)

im Bereich der Brennstoffzellentechnologie, im Bereich des Recyclings. Sind das keine Arbeitsplätze?

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Wie viele?)

Was sagen Sie denen denn? Dort entsteht hier in Nordrhein-Westfalen die Wertschöpfung. Das sind die Arbeitsplätze der Zukunft, und Sie reden die einfach weg.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Loose [AfD]: Wie viele Arbeitsplätze sind das?)

Was sagen Sie den Arbeitnehmern in diesen Branchen, die sich auf die Zukunft vorbereiten, wenn Sie jetzt sagen, das, was die da machen, sei alles Nonsens?

Noch eins: Der Absatz von Autos in Ländern, die im Laufe des nächsten Jahrzehnts ein Verbot des Verbrennungsmotors einführen, liegt bei 56 %. Darüber kann man durchaus geteilter Meinung sein, aber es ist so, dass viele Länder den Verbrennungsmotor verbieten. Schon heute exportiert Volkswagen fast die Hälfte seiner gesamten Produktion nach China. Was sagen Sie den Beschäftigten in diesen Unternehmen, wenn Sie plötzlich das Thema „Elektromobilität“ verbieten?

(Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es muss doch darum gehen, die Chancen zu nutzen, die sich aus dieser Entwicklung für Nordrhein-Westfalen ergeben, neue Geschäftsfelder zu erschließen, die Standorte zu beleben. Das muss Ziel unserer Politik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Richtig ist, die Automobilindustrie steht vor einem enormen Transformationsprozess. Gar keine Frage. Ihr Wunsch, das aufzuhalten, ist nicht nur falsch, sondern schlichtweg weltfremd. Es muss doch darum gehen, die Industrie und die Beschäftigten bei diesem Prozess zu begleiten. Ihnen die Angst vor Arbeitsplatzverlust zu nehmen, ohne irgendetwas anbieten zu können, ist in höchstem Maß unseriös.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Vollständigkeit halber noch ein Wort zur Rohstoffgewinnung, weil Sie die auch angesprochen haben. Wie glaubhaft Ihr Herz für Mensch und Umwelt in den Entwicklungsländern ist, lasse ich mal dahingestellt.

Aber richtig ist, dass es grundsätzlich unser Anliegen sein muss – ich glaube, da sind wir uns einig –, soziale und ökologische Standards weltweit zu etablieren. Ich empfehle Ihnen dazu unseren Antrag zum fairen und freien Handel vom Dezember letzten Jahres.

(Beifall von der FDP)

Die steigende Nachfrage etwa nach Lithium wird zum Aufschluss weiterer Vorkommen führen. Schon heute kommen die Rohstoffe aus einer ganzen Reihe

von Staaten. Ihre einseitigen Beispiele sind wenig hilfreich und wenig zielführend.

Ihr Anliegen, wenn man es überhaupt so nennen kann, speist sich aus einer kruden Mischung aus Verweigerung gegenüber der Zukunft, der Leugnung des Klimawandels und einem populistischen Reflex des Schwarz-Weiß-Zeichnens. Der Textteil Ihres Antrags ist unkonstruktiv, der Beschlussteil überflüssig.

Weil wir den Antrag in den Verkehrsausschuss und federführend in den Wirtschaftsausschuss überweisen, werden wir das dort noch einmal ausführlich diskutieren können.

In der Zwischenzeit haben Sie Gelegenheit, sich noch einmal mit Ihrer Angst vor der Zukunft zu beschäftigen. Angst ist nämlich kein guter Ratgeber, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Middeldorf. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

**Horst Becker\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen: Selbst wenn wir diesen Antrag heute beschließen würden, würde das die Welt nicht ändern, weil es in China Quoten für Elektrofahrzeuge gibt.

In China setzt zum Beispiel VW die meisten Fahrzeuge weltweit ab. In Norwegen wird weiterhin inzwischen mehr als jedes zweite Auto als Elektroauto verkauft. Es würde sich also nichts ändern, wenn wir ihn heute beschließen würden.

Er ist gleichwohl aus sehr vielen Gründen falsch. Ich will versuchen, das in einigen Skizzen deutlich zu machen:

Erstens. Die Frage, ob Akkus, ob Batterietechnik umweltgerecht ist oder nicht, ist für sich genommen eine richtige Frage; sie ist aber in diesem Zusammenhang völlig irrsinnig. Sie ist deswegen falsch, weil beispielsweise auch Ölförderung Probleme hervorruft und ganz erhebliche Umweltprobleme mit sich bringt.

Ich erinnere zum Beispiel an die Schieferöl- und Schiefergasförderung in den USA, in Kanada und in einigen anderen Ländern dieser Erde mit riesigen Folgen. Ich erinnere aber auch an die Ölförderung in Katar, in Saudi-Arabien und anderen Ländern. Auch das gibt Umweltprobleme.

Wir haben an all diesen Stellen immer die Optimierung von Prozessen und tatsächlich auch umweltgerechte Förderung im Auge zu haben. Das gilt selbstverständlich auch bei der Elektromobilität.

Zweitens. Es ist auch da so, dass man heute schon ganz unterschiedliche Fahrzeuge mit ganz unterschiedlichen Belastungen hat, wenn man sich beispielsweise anschaut, für welche Entfernungen Elektrofahrzeuge hergestellt werden.

Nehmen wir ein Elektrofahrzeug aus Nordrhein-Westfalen, den e.GO, der ab April in Serie hier produziert wird und mit einer ausgesprochen kleinen Batterie ausgestattet wird. Selbst in der Variante, die am weitesten fährt, sind das 150 bis 160 km. Warum? – Weil diese Batterie dann leicht ist, weil man eben nicht viele Rohstoffe braucht und weil man damit auch mit einem Elektrofahrzeug ausgesprochen sparsam fahren kann.

In der Tat ist das ein Fahrzeug, mit dem man nicht in Urlaub fahren wird. Aber ich kann Ihnen zum Beispiel sagen, dass es bereits über 1.000 Vorbestellungen für diesen Wagen gibt, zum Beispiel von Pflegediensten, die in den Städten fahren. Die Caritas hat über 1.000 dieser Fahrzeuge für Nordrhein-Westfalen bereits bei e.GO bestellt. Das ist also ein Wirtschaftszweig. Die wollen mit diesem Fahrzeug fahren, weil sie damit hinkommen.

Das ist eines der Themen, mit dem man sich in den nächsten Jahren in der Tat – da hat Kollege Middeldorf recht – in den Städten besonders beschäftigen wird.

Es hat kein Mensch gesagt, dass in Zukunft alle Autos mit Elektromobilität fahren müssen. Selbstverständlich wird auch die Brennstoffzelle in Zukunft insbesondere im Nutzfahrzeugsektor eine Alternative darstellen.

Selbstverständlich werden wir auch noch viele Jahre mit normalen Verbrennungsmotoren in Deutschland zu tun haben. Das ist so.

Ich will Ihnen aber auch noch einige andere Gedanken mit auf den Weg geben, weil Sie von Arbeitsplätzen gesprochen haben.

Dass Ford im Moment Probleme mit Arbeitsplätzen und der Wirtschaftlichkeit hat, hat null mit der Elektromobilität zu tun; gar nichts, null.

(Zustimmung von Arndt Klocke [GRÜNE])

Das hat etwas mit Wechselkursschwankungen und mit dem Brexit zu tun, über den wir gestern und vorgestern wie auch an anderen Stellen schon gestritten haben.

Das hat auch etwas damit zu tun, dass sie zu teure Teile einkaufen. Es hat noch nicht einmal etwas mit den Lohnkosten zu tun; diese sind dabei das geringste Problem. Das hat etwas mit diesen Fragen zu tun.

Im Gegenteil stellt sich Ford im Moment hin und arbeitet mit StreetScooter zusammen, einer nordrhein-westfälischen Firma. Was machen die? – Die haben

festgestellt, als die Post StreetScooter gekauft hat von den gleichen Leuten, die jetzt e.GO machen: Das ist eine super Sache. Wir wollen solche Fahrzeuge. Niemand in Deutschland hat die angeboten. Daraufhin sind sie zur Universität gegangen, zur RWTH Aachen, und haben mit denen dieses Fahrzeug besprochen. Die haben das für die entwickelt. Dann hat die Post das komplett gekauft. Mit diesem Geld wird übrigens jetzt der e.GO entwickelt.

Ford hat erkannt, dass das ein Markt ist, und macht jetzt zusammen mit StreetScooter einen größeren StreetScooter, das heißt, die bauen das Chassis für den größeren StreetScooter und entwickeln zusammen ein weiteres großes Fahrzeug.

Das bedeutet Arbeitsplätze Nordrhein-Westfalen, Arbeitsplätze in Köln. Dann muss man sich auch einmal mit dem Betriebsrat unterhalten und hören, was wirklich Sache ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen weitere Beispiele nennen. Sie sprechen von der Zuliefererindustrie. Wissen Sie, wer den Akku und wer den Elektromotor für den e.GO baut? – Bosch.

Wissen Sie, wer den Akku und den Motor für den Bus, den die im Moment in der Planung haben und im nächsten Jahr am Markt anbieten, den sogenannten People Mover, baut? – Die Zahnradfabrik Friedrichshafen.

Das sind deutsche Firmen. Das sind in diesem Fall keine ausländischen Firmen. Die Zellen in den Akkus kommen tatsächlich aus dem Ausland.

Ich will Ihnen aber einmal sagen, woher sie kommen, wenn sie in Europa gefertigt werden. Es gibt zwei große Fabriken in Europa, die diese Zellen herstellen, die nicht aus Asien kommen. Die eine ist in Norwegen. Warum ist die in Norwegen? – Weil die Norweger billig Energie aus Wasserkraft gewinnen und weil man dafür viel Energie braucht. Die andere ist bedauerlicherweise in Frankreich und macht das gleiche Spiel mit Atomenergie, weil die Franzosen Atomenergie bis heute subventionieren. Das sind zwei Firmen in Europa, die diese Zellen im großen Stil herstellen.

Wenn wir uns nicht mit der Frage auseinandersetzen, wo in Deutschland – und zwar mit umweltfreundlicher Energie, zum Beispiel Windenergie – solche Firmen entstehen können, verschlafen wir diesen Zug auch wieder.

Deswegen ist es völlig falsch, die Elektromobilität zu verdammen. Sie sind in Wahrheit diejenigen, die verhindern, dass sich Deutschland vernünftig aufstellt, wenn man Ihnen folgt.

Glauben Sie denn ernsthaft, dass die Chinesen deswegen ihre Quote verändern? Glauben Sie ernsthaft, dass die Skaleneffekte, die die Chinesen in diesem

Bereich erzeugen werden, sich zugunsten Deutschlands verändern, weil wir sagen, wir wollen keine Elektromobilität? Wie kann man so naiv und verrückt sein, dass man das glaubt?

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen: Die Firma BYD – ein englischer Begriff, der übersetzt interessanterweise Build Your Dreams bedeutet – stellt weltweit die meisten Elektrobusse her.

Die Deutschen haben bis vor Kurzem keine Elektrobusse angeboten, BYD bietet die an. Das führt dazu, dass wir im Moment Elektrobusse tatsächlich in Polen oder China kaufen und kaum in Deutschland. Das ist doch verrückt. Sie geben vor, aus nationalen Gründen etwas tun zu wollen, und Sie arbeiten in Wahrheit – wenn man Ihnen folgen würde – genau in die Gegenrichtung.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Becker, es gibt vom Abgeordneten Loose den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Wollen Sie die zulassen?

**Horst Becker<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Ja, von mir aus gern.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Loose.

**Christian Loose** (AfD): Ich habe heute echt viel Glück mit den Zwischenfragen, dass alle die zulassen. – Danke, Herr Becker. Ich habe auch nur eine kurze Frage. Sie sprachen von dem günstigen Wasserkraftstrom in Norwegen und dem günstigen Kernenergiestrom aus Frankreich.

(Horst Becker [GRÜNE]: Weil der subventioniert ist, ja!)

– Es ist aber Fakt, dass er da ist. – Können Sie sich angesichts der aktuellen Strompreise in Deutschland denn vorstellen, dass wir jemals eine Batteriezellenproduktion ohne Subvention bekommen?

**Horst Becker<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Ich kann mir das selbstverständlich vorstellen. Bei Subventionen in die erneuerbaren Energien ist es ähnlich wie mit allen derartigen Entwicklungen. Fast alle dieser Entwicklungen sind immer dann zustande gekommen, wenn der Staat am Anfang neue Sachen gefördert hat, wenn er sie angeschoben hat und es dann einem Markt überlassen hat, sie weiterzuentwickeln.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Das ist genau das, was gemacht werden muss und was wir hier in Nordrhein-Westfalen auch machen.

Ich kritisiere an dieser Landesregierung wirklich viel, aber ich bin sehr dankbar, dass sie wie die rot-grüne Landesregierung StreetScooter und e.Go unterstützt hat und hier in Nordrhein Westfalen dafür gesorgt hat, dass zum Beispiel auf dem alten ...

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ich bin immer noch bei der Beantwortung der Frage; ich bitte, die Uhr zu stoppen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

... Philips-Röhrenwerksgelände eine moderne Fabrik entstehen kann wie e.Go, die demnächst 20.000 Autos im Jahr produziert, die ab Sommer dieses Jahres noch in 2019 10.000 Autos produzieren wird. Das sind die Zahlen, um die es geht. Die sind jetzt schon dabei, das nächste Werk zu planen, weil sie so viele Vorbestellungen haben. Ich weiß überhaupt nicht, wo Sie hernehmen, dass das keine Zukunft haben soll.

Das hat die alte Landesregierung getan, das tut die neue Landesregierung. Es ist gut, dass sie das fortsetzt, und das ist auch richtig. Also noch mal: Der Staat schiebt solche Sachen tatsächlich mit Subventionen an, und über Skaleneffekte und über Konkurrenz und über den Markt werden die Dinge dann am Ende weiterentwickelt.

So macht das China im Übrigen auch. Wenn Sie nicht wollen, dass BYD demnächst auch noch Pkw hier in Deutschland verkauft, sondern dass die hier gebaut werden, dann müssen Sie sich damit auseinandersetzen, dass dieser Wirtschaftszweig tatsächlich hier gefördert wird und am Anfang auch angeschoben wird. Das ist vernünftig und das ist richtig, denn ansonsten werden wir völlig abgehängt.

Lassen Sie mich noch einen kleinen Nebenaspekt zur Automobiltechnik ausführen: Es gibt nicht nur Automobile mit E-Mobilität, sondern es gibt gerade im Zweiradsektor eine riesigen Boom mit E-Mobilität.

Auf dem deutschen Markt gibt es die Firma Kumpan. Die sitzt zurzeit noch in Remagen. Die vergrößert sich jetzt und hat inzwischen sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Nordrhein-Westfalen. Demnächst wird die Firma nach Nordrhein-Westfalen umziehen, weil sie in Remagen nicht genug Firmengelände hat. Auch das gehört dazu. Die bezieht zum Beispiel ihre Akkus – nur um das noch mal zu sagen – aus Norwegen. Der ganze restliche Teil dieses Mopeds ist aus Deutschland, ist teilweise von der Zulieferindustrie aus Nordrhein-Westfalen und schafft hier Arbeitsplätze, übrigens auch innovative Jobs, die sich dann auch an anderen Stellen wieder niederschlagen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Also wenn Sie so ein Cluster – um das jetzt auch noch mal mit diesem Begriff zu belegen – woanders haben wollen, dann müssen Sie so weitermachen. Wir wollen das in Nordrhein-Westfalen haben. Wir

wollen, dass diese Technik hierbleibt, wir wollen dass diese Arbeitsplätze hier sind. Insofern unterscheiden wir uns auch da von Ihnen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung in Vertretung für Herrn Minister Professor Dr. Pinkwart Herr Minister Lienenkämper das Wort. Bitte sehr.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD zur Elektromobilitätsförderpolitik des Landes schaut in die Vergangenheit und verkennt die globalen Trends hinsichtlich Mobilität der Zukunft.

In China, Indien und der Europäischen Union wird Mobilität zur Mitte des Jahrhunderts klar klimaneutral gesehen, und die Weichen für klimaneutrale Antriebe werden entsprechend gestellt. Die Ausführungen im Antrag enthalten hierzu überhaupt keine Perspektive für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen.

Es wird zukünftig mit Blick auf die ökonomischen Effekte und die Arbeitsmarkteffekte ganz entscheidend darauf ankommen, ob sich Hersteller und Zulieferer aus Deutschland und aus Nordrhein-Westfalen frühzeitig auf die zu erwartende globale Veränderung im Automobilbereich einstellen können. Ein Drittel der deutschen Automobilzulieferer hat ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Namhafte Unternehmen in dieser erfolgreichen Branche sind im Expertenrat Elektromobilität der Landesregierung engagiert vertreten.

Wir begleiten deshalb auch den Transformationsprozess der Automobilindustrie intensiv, unter anderem durch Fördermaßnahmen in den Bereichen Leichtbau, nachhaltige Antriebe, Digitalisierung sowie den Aufbau und die Unterstützung von Netzwerken, an deren langfristigen Erfolg auch die Industrie ein Eigeninteresse hat.

Nordrhein-Westfalen ist heute schon führend im Fahrzeugbau für elektrische, urbane Logistik, bei den Zulieferern für nahezu alle Automotive-Schlüsseltechnologien, bei der Fertigung von Elektroantrieben und bei den Unternehmen für den Bau und Betrieb von Ladesäulen und Ladesystemen.

Es ist Ziel der Landesregierung, die bestehende internationale Spitzenstellung für Elektromobilität in Europa weiter auszubauen, in Verbindung mit erneuerbaren Energien und gemeinsam mit der Wirtschaft, der Forschung, der Wissenschaft und den Kommunen.

Wir sind bereits erfolgreich tätig, unter anderem im Förderprogramm „progress.nrw – Emissionsarme

Mobilität“. Da stehen die Förderung des Ladens zu Hause wie auch des Ladens beim Arbeitgeber im Mittelpunkt der Förderaktivitäten. Über das Programm „Life“ fördert die Landesregierung zudem die Schnellladung.

Wir sind erfolgreich tätig mit der EnergieAgentur.NRW und dem Kompetenzzentrum ElektroMobilität. Da wird unter der Dachmarke ElektroMobilität.NRW Beratung für einzelne Zielgruppen geleistet, es werden Informationen zur Verfügung gestellt, organisierte Veranstaltungen durchgeführt. Die EnergieAgentur managt auch fachspezifische Netzwerke zur Unterstützung der Unternehmen.

Wir sind erfolgreich tätig mit Roadshows, Veranstaltungen und Kampagnen. Hier werden Vorbehalte abgebaut, und das Thema „Elektromobilität“ wird erlebbar gemacht.

Im letzten Jahr stand die Wohnungswirtschaft im Mittelpunkt des Interesses. In diesem Jahr wird der Schwerpunkt auf die Flottenbetreiber gelegt.

Das gilt übrigens auch für die Brennstoffzellenmobilität, die wir als Teil der Elektromobilität verstehen. Im aktuell laufenden Wettbewerb „Modellkommune/-region Wasserstoffmobilität NRW“ werden jene Feinkonzepte der Kommunen, Kreise und Regionen zur Förderung ausgewählt, die die Wasserstoffproduktion, Wasserstoffverteilung und -anwendung im Mobilitätsbereich beinhalten.

Der ausgelobte Wettbewerb ist auf reges Interesse in Nordrhein-Westfalen gestoßen. Die bisher vorliegenden Grobkonzepte beschäftigen sich engagiert und ambitioniert mit der gesamten Themenbreite der Mobilität, mit Wasserstoff und mit Brennstoffzelle. Stichworte sind hier Brennstoffzellenbusse, Abfallsammelfahrzeuge mit Brennstoffzellenantrieb, Pkws für die kommunale Flotte. Sie sehen, die Landesregierung ist bereits erfolgreich tätig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gemeinsam mit der EnergieAgentur.NRW werden Gespräche mit den Logistikverbänden und Logistikunternehmen geführt, um über die ökonomischen wie ökologischen Vorteile von Gasantrieben im schweren Straßengüterverkehr zu informieren und konkrete Vorhaben zu initiieren. Auch die Entsorgungsbranche hat die Zeichen der Zeit längst erkannt und setzt zunehmend auf alternative Antriebe bei den Abfallsammelfahrzeugen.

Um den für die Fahrzeuge erforderlichen Infrastrukturaufbau voranzutreiben, arbeiten wir gleichzeitig an der stärkeren Vernetzung aller Akteure in Nordrhein-Westfalen. Sie sehen: Zusammenführen, in die Zukunft denken, dieses Land weiterentwickeln, Innovationen antreiben, fördern, das macht Nordrhein-Westfalen stark. Das macht Nordrhein-Westfalen gut. Es ist gut für Umwelt und Arbeitsplätze, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Elektromobilität macht vieles anders. Elektrofahrzeuge brauchen starke Batterien. Aber zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Elektrofahrzeuge im Pkw-Bereich schon heute mit Blick auf die Treibhausgasemissionen gegenüber Dieselfahrzeugen klare Vorteile haben. Mit dem forcierten Einsatz von erneuerbaren Energien werden diese Vorteile noch größer. Daher fördern wir auch nur Ladeinfrastruktur, die Energie aus erneuerbaren Quellen verwendet.

Elektromobilität benötigt andere Rohstoffe, als sie bei der Herstellung von Verbrennungsmotoren benötigt werden. Die hierfür wichtigen Rohstoffe Lithium, Kobalt, Nickel, Graphit und auch Platin für die Brennstoffzellenfahrzeuge sind global verfügbar. Auch neue regionale Quellen werden erschlossen wie beispielsweise die Lithiumvorkommen im Erzgebirge.

Für Maßnahmen zur Verminderung des Primärrohstoffbedarfs durch Recycling sowie durch die Entwicklung von Standards zur nachhaltigen Rohstoffgewinnung und zur langfristigen Sicherung der Rohstoffreserven hat sich die Landesregierung im Bundesrat bereits erfolgreich eingesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nordrhein-westfälische Landesregierung bekennt sich zu den Klimaschutzziele von Paris. In diesem Sinne werden alternative Kraftstoffe und Antriebe von der Landesregierung ideologiefrei und technologieoffen unterstützt und gefördert. Es ist eine der zentralen Zukunftsfragen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, dass die dafür erforderlichen Innovationen im Automobilsektor hier in Nordrhein-Westfalen entwickelt, produziert und vermarktet werden.

Wir sind hier stark aufgestellt. Wir entwickeln diese Stärken kontinuierlich weiter. Wir leben nicht in der Vergangenheit und denken nicht zurück. Wir denken nach vorne: Aufbruch Nordrhein-Westfalen, Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Nun hat für die AfD-Fraktion Herr Loose noch einmal das Wort. Bitte schön.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird immer über die Zukunft gesprochen und dabei übersehen, dass das erste Elektroauto 1888 in Deutschland produziert wurde, der erste Hybridwagen im Jahre 1900. Das heißt, wir sprechen nicht, wie Herr Stinka sagte, von der plötzlichen Innovation eines Airbags, den es vorher noch nie gegeben hat. Elektroautos gibt es seit 120 Jahren in Deutschland und auch Hybridautos.

Wenn Sie jetzt behaupten, andere wollten auch den Airbag nicht, sage ich: Nein, wir wollen Elektroautos. Elektroautos sind super. Der Elektromotor ist super einfach herzustellen. Das Problem sind die Batterien. Die halten nicht so lange. Sie sprachen davon, dass ein Elektroauto nach zwölf Jahren einen Vorteil von 27 % bei der CO<sub>2</sub>-Bilanz hätte. Dabei halten die Batterien nur acht Jahre. Da wird den Menschen wieder Sand in die Augen gestreut.

Auch der StreetScooter der Deutschen Post verursacht Verluste. Man sollte sein Fahrzeug im Winter nicht heizen, weil es sonst nicht weit genug fährt. Mein Postbote kam übrigens diese Woche Montag – da war ich noch zu Hause – nicht mit dem Elektrofahrzeug, das er sonst immer fährt, sondern er kam wieder mit seinem alten Dieselfahrzeug, weil die Elektroautos da im Moment nicht genutzt werden.

Herr Stinka, Sie sollten auch den Arbeitern reinen Wein einschenken. Für den Bau eines E-Motors brauchen Sie nur etwa 20 % der Arbeitsplätze. Dementsprechend wird jeder vierte von fünf Arbeitnehmern seinen Arbeitsplatz verlieren. Erklären Sie bitte den Menschen, dass Sie das Ganze auch noch fördern!

China sprachen Sie an. China soll bis zum Jahre 2050 CO<sub>2</sub>-neutral sein. Das ist doch wohl ein Treppenwitz! Die bauen jede Woche ein neues Kohlekraftwerk, und Sie erzählen uns etwas von CO<sub>2</sub>-neutral? Das ist echt ziemlich albern.

Dann haben wir die hohen Energiepreise. Woanders werden die Batteriezellen hergestellt, in Norwegen mit der günstigen Wasserkraft. Die haben natürlich auch geografisch einen Vorteil.

Und was machen Sie? Sie sagen, Sie fördern nur, wenn auch erneuerbare Energie daranhängt. Das macht den Strompreis in Deutschland immer teurer und teurer. Damit wird das Problem immer größer und größer.

Warum werden denn Elektroautos gebaut? Erstens wegen staatlicher Förderung, zum Beispiel der Kaufprämie, zweitens aufgrund staatlicher Quoten, wie wir es in China oder auch in anderen Ländern sehen, die den Verbrennungsmotor komplett verbieten, und drittens wegen unrealistischer CO<sub>2</sub>-Vorgaben der EU, sodass die Hersteller gezwungen werden. Das ist ein planwirtschaftlicher Zwang. Das hat nichts mehr mit Marktwirtschaft oder irgendwelchen anderen Aspekten zu tun. Es wird ein Zwang ausgeübt, deshalb produzieren sie Elektromotoren, nur aus diesem Grund. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es gibt eine Empfehlung des Ältestenrats, nämlich die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/4804 an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend – sowie an den **Verkehrsausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem zu? – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

## **6 Fit für die Zukunft und für neue Zielgruppen – Kunst- und Kulturbetrieb wird digital**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/4635

Die Aussprache ist eröffnet. Ans Pult tritt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Petelkau.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Bernd Petelkau** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nordrhein-Westfalen-Koalition ist vor anderthalb Jahren angetreten, Kultur in unserem schönen Bundesland wieder sichtbar zu machen. Bereits nach kurzer Zeit ist es uns mit der „Stärkungsinitiative Kultur“ gelungen, die sieben Jahre der rot-grünen Dürre im Kulturbereich erfolgreich zu beenden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben nicht nur die kommunalen Institutionen, sondern gleichzeitig auch die Freie Szene gestärkt und damit die Basis für den dauerhaften Erhalt der vielfältigen und regional breit aufgestellten Kunst- und Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen gelegt.

Mit dem Konzept der „Dritten Orte“ sichern wir besonders die Kulturlandschaft im ländlichen Raum, die genauso wichtig ist wie die urbane Kulturszene in den Metropolen und Städten.

Mit einem 5-Milliarden-Euro-Paket zum Ausbau des schnellen Glasfasernetzes hat die Landesregierung das Fundament für das Digitalhaus Nordrhein-Westfalen gelegt.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir dazu beitragen, dass die großen Chancen der Digitalisierung auch im nordrhein-westfälischen Kunst- und Kulturbereich noch besser genutzt werden können. Denn der Ausbau der Digitalisierung bietet den kulturellen Einrichtungen und den im Kulturbereich tätigen Menschen in unserem Land große Chancen und den Bür-

gerinnen und Bürgern neue Formen, an diesen kulturellen Angeboten orts- und zeitunabhängig teilzuhaben.

In der Praxis gibt es bereits eine ganze Reihe von erfolgreichen Projekten, die die Chancen der Digitalisierung aufzeigen. Dies betrifft insbesondere neue Formen der Archivierung, neue Formen der Darstellung von Artefakten in Museen und Ausstellungen oder neue Produktionsformen in Theatern.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Theaterstück „Die Parallelwelt“. Hier passiert das Geschehen im Schauspiel Dortmund und am Berliner Ensemble parallel und ist an beiden Orten gleichzeitig zu sehen und zu hören. Das ist nur ein Beispiel für die vielen neuen Ideen, wie Digitalisierung ganz neue Chancen und Perspektiven im Kunst- und Kulturbereich ermöglicht.

Die NRW-Koalition möchte diese Entwicklung aktiv fördern und durch gezielte Maßnahmen dazu beitragen, dass unser Bundesland auch in diesem Bereich zur Avantgarde gehört.

In einem ersten Schritt wollen wir die „Stärkungsinitiative Kultur“ dazu nutzen, die Aktivitäten in drei Themenfeldern besonders zu fördern.

Erstens: die Weiterbildung und Qualifizierung von Kunst- und Kulturschaffenden im digitalen Bereich. Hier sollen vor allem die Kunst- und Musikhochschulen eine besondere Rolle übernehmen. Dazu gibt es bereits erste Maßnahmen, zum Beispiel die neue Förderstruktur Digitale Hochschule NRW. Ergänzt wird dies durch medienwerk.nrw, das bei der Entwicklung innovativer digitaler künstlerischer Formate eine wichtige Rolle spielen wird.

Zweitens: die Verbesserung der digitalen infrastrukturellen Ausstattung von Museen und Kultureinrichtungen. Bereits 2018 hat die Landesregierung einen Investitionsfonds zur Ertüchtigung der kulturellen Infrastruktur aufgelegt. Die hohe Nachfrage zeigt, dass eine Fortsetzung bzw. ein Ausbau dieser Maßnahmen genau der richtige Weg ist, um die Kultureinrichtungen bedarfsgerecht zu fördern.

Zudem können erfolgreiche Projekte der Landesinstitutionen, wie die Digitalstrategie der Kunstsammlung NRW, als Blaupause für andere Museen gelten. Ein Workshop unter Einbeziehung der Museumslandschaft des Landes wäre hilfreich, die Möglichkeiten der digitalen Transformation noch besser herauszuarbeiten und Best-Practice-Modelle zu entwickeln.

Drittens: ein erleichterter Zugang zum kulturellen Erbe NRW für Wissenschaft, Forschung und die interessierte Öffentlichkeit. Dazu gehört die Fortsetzung der Digitalisierung von Beständen aus Bibliotheken und Archiven. Mit dem Pina Bausch Archiv und dem Digitalen Archiv NRW bestehen bereits hervorragende Beispiele für innovative Archivierungs-

strategien und -plattformen. Darüber hinaus ermöglichen neue digitale Vermittlungsformate eine innovative und bessere kulturelle Teilhabe der gesamten Bevölkerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die weitere Fachdiskussion im Ausschuss und bin sicher, dass wir die Chancen der Digitalisierung im Kunst- und Kulturbereich NRW erfolgreich nutzen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Petelkau. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Deutsch.

**Lorenz Deutsch (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist in aller Munde. Inzwischen kann man Einzelne schon abwinken sehen, weil sie meinen, das Thema sei erschöpft und zur Hohlformel geworden. Das Gegenteil ist richtig. Wir stehen erst am Anfang unseres Verständnisses von der Bedeutung der Digitalisierung in unserer Gesellschaft.

Wir stehen damit aber auch an dem Punkt, dass wir vom allgemeinen Reden über Digitalisierung zu einer gelebten und verstandenen Praxis kommen. Das heißt, dass wir es mit Lernprozessen zu tun haben, mit Erprobungs- und Reflexionsprozessen. Denn eines muss man deutlich festhalten: Es geht nicht einfach um die Überführung von hergebrachten analogen Abläufen und Praktiken in automatisierte Prozesse mit digitalen Endgeräten. Digitalisierung bietet eben die Chance, über die Abläufe, die Gegenstände und die Ziele unserer Tätigkeiten neu nachzudenken.

Wenn damit die Herausforderung der Digitalisierung richtig beschrieben ist, ist natürlich Kunst und Kultur als vielfältiges Medium von Reflexion, von Kritik, aber auch von Avantgarde in besonderer Weise gefordert.

In unserem Antrag sind sehr viele Aspekte und Herausforderungen beschrieben und benannt. Ich möchte hier den Katalog nicht wiederholen, sondern vielmehr einige grundlegende Aspekte betonen.

Erstens müssen wir der Dynamik dieses Themas gerecht werden. Wir benennen zwar konkrete Handlungsfelder, aber es wird sehr darauf ankommen, dass die Förderung digitaler Praktiken im Bereich von Kunst und Kultur flexibel auf Entwicklungen und Ideen aus den verschiedenen Szenen reagiert. Die Erneuerung künstlerischer Praxis und ihrer Kommunikation wird weder von Politikern noch – Sie verzeihen mir das – von Ministerialbeamten entwickelt werden. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, Möglichkeiten für diese Entwicklungen zu bieten.

Zweitens wird es darauf ankommen, dass Projekte den Raum und die Mittel bekommen, um wirklich nachhaltig zu sein. Viel zu oft kann man gerade bei Digitalisierungsmaßnahmen beobachten, dass sie recht schnell im Sande verlaufen.

Ein Beispiel: Es gibt die Museumsplattform NRW. Sie ist Preisträger des Grimme Online Awards 2013. Hut ab! Ein schönes Projekt! Viel Aufwand ist dort hineingeflossen. Leider ist das Projekt irgendwie stecken geblieben, wird aktuell nicht weiterbetrieben. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, das noch einmal zu beleben. Darüber muss man neu nachdenken. Ich erwähne es hier, um deutlich zu machen, dass es ganz wesentlich darauf ankommt, solche Projekte nachhaltig zu gestalten. Digitalisierung darf nicht auf digitalen Friedhöfen enden.

Drittens müssen wir die Breite des Themas wahrnehmen. Digitalisierung reicht von Verwaltungsfragen – unsere Initiative zur Vereinfachung des Zuwendungsrechtes ist auf dem Feld sicherlich auch gefragt – über alles, was mit Archivierung und Dokumentation zu tun hat, bis hin zu Fragen von Kommunikation und Vermittlung sowie – nur in dieser Aufzählung zuletzt genannt – zu allen Möglichkeiten digitaler künstlerischer Praxis. Gerade auf das Letzte wird es ankommen.

Digitalisierung ist kein Thema bürokratischer Abwicklung, sondern kreativer Innovation. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Deutsch. – Für die SPD tritt schon Herr Bialas ans Pult. Bitte schön.

**Andreas Bialas (SPD):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zitieren:

„Das Spektrum der Veränderungen in Kunst und Kultur reicht von der Digitalisierung analogen Kulturguts bis zur Entwicklung von Games als partizipativem Gesamtkunstwerk, von Rechts- und Verwertungsaspekten ... bis zu technischen Fragen der Zugänglichkeit, von Auswirkungen auf das traditionelle Kulturangebot bis zur Ermöglichung experimenteller Formen und Produktionen.“

Kurz danach heißt es:

„Der Umgang mit dem kulturellen Erbe erhält durch die Digitalisierung einen neuen Zuschnitt. Neben den Erhalt des analogen Originals, auf den nicht verzichtet werden kann, tritt die Digitalisierung analoger Kulturgüter, um den Zugang über Portale und andere Plattformen zu ermöglichen und zu erleichtern. ...“

Die Digitalisierung ermöglicht nicht nur neue Zugänge und erleichtert die Nutzung. Sie ermöglicht auch den Erhalt von Kunstwerken, die auf vom Verfall bedrohten Trägermedien gespeichert sind.“

Etwas später:

„Um den Zugang zu viel gefragten Beständen zu erleichtern und gefährdetes analoges Kulturgut vor Beschädigung durch zu intensive Nutzung zu schützen, sollen im Rahmen eines neuen Digitalisierungsprogramms ausgewählte Bestände digitalisiert werden. Beabsichtigt sind dazu Absprachen mit den Bibliotheken, Archiven, Museen und anderen Kultureinrichtungen.“

Etwas später:

„Die Förderung experimenteller Kunstobjekte in der digitalen Welt wird angestrebt. Dadurch sollen die Gestaltung dieser neuen Räume und die Rezeption der so entstehenden Werke spartenübergreifend unterstützt und begleitet werden.“

Etwas weiter:

„Digitale Techniken ermöglichen neue Formen der Präsentation und der Vermittlung von Kultur und damit auch neue Möglichkeiten der Partizipation, von denen vor allem der ländliche Raum profitieren kann. Instrumente, die diese Möglichkeiten nutzen, sollen bei der Bewertung von beantragten Projekten ausdrücklich berücksichtigt werden.“

Und:

„Der Umgang mit digitalen Medien und Inhalten erfordert neben einem fachlich-inhaltlichen Zugang auch technisches Wissen und technische Strukturen.“

Das alles ist Beschlusslage seit dem 15.12.2016 in diesem Haus. Das haben wir beschlossen; das ist der Kulturförderplan. Damals haben Sie nicht mitgestimmt. Hätten Sie das vor zwei Jahren gemacht – in Ihrem Beschlussteil bringen Sie nämlich fast eins zu eins die gleichen Sätze –, dann wären Sie Avantgarde gewesen. Jetzt sind Sie zwei Jahre zu spät.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deswegen ist das alles natürlich trotzdem richtig. Auch das, was in Ihrem Antrag steht, ist vollkommen richtig; das teilen wir komplett. Nur erwarten wir dann auch beim nächsten Mal – parallel zu diesem Antrag – einen Bericht der Landesregierung darüber, was in den letzten zwei Jahren umgesetzt worden ist, und einen Bericht darüber, welche Projekte und Programme aktuell laufen. Das ist dann die Grundlage einer sachgemäßen weiteren Diskussion.

Das Weitere: Wir haben ja auch einen Koalitionsvertrag auf der Bundesebene abgeschlossen. Die

neuen Entwicklungen über die Bund-Länder-Koordination geben uns vielleicht mehr Möglichkeiten, in einen Austausch zu gelangen. Auch dort ist Digitalisierung ein Thema – ich nenne die Digitalisierungsstrategie des Bundes –, weil in der Tat viele Gelder damit verbunden sind. Die Frage ist, inwieweit wir da sehr eng und koordinativ miteinander werken können.

Um noch einen kleinen anderen Dreh mit hineinzubekommen – ich möchte jetzt nicht wieder als Lokalpatriot für Wuppertal gelten oder verschrien werden –: Wir reden bisher über die Digitalisierung von Kunst und Kultur. Wir sollten auch über die Kultur der Digitalität sprechen. Das ist insoweit ein sehr schönes Thema, was die Verknüpfung des Hauses mit Kunst, Kultur und Wissenschaft angeht, nämlich die Frage, inwieweit die digitale Revolution und Wirkung dann Bezug auf unser soziales Gefüge und die Kultur nehmen.

Das wäre doch ein schöner Forschungsauftrag für das Engels-Jahr 2020 neben Ihren anderen Forderungen und Förderungen. Dann haben wir einen weiteren Diskussionsansatz, der uns sicherlich bereichert.

Also: Der Antrag ist doch gut. Es ist doch richtig, was da steht. Wie gesagt, Sie sind zwei Jahre zu spät. Wir haben alles schon geschrieben. Schauen wir mal, was davon tatsächlich bereits umgesetzt ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Marc Lübke [FDP]: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Bialas. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende, Herr Klocke.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die NRW-Opposition teilt die guten Vorschläge aus der Regierung. Ich habe zwar auch festgestellt, lieber Andreas Bialas, dass eine ganze Reihe von Punkten schon im Kulturförderplan steht, die jetzt in dem Antrag wieder erwähnt worden sind und fortgeführt werden, aber deswegen ist das ja nicht falsch.

Es ist eine zentrale Zukunftsaufgabe im Kulturbereich, die Digitalisierung von Kunstwerken, Kunstschätzen, der kulturellen Arbeit in diesem Bereich voranzutreiben.

Als sehr netzaffiner Mensch und als jemand, der viel im kulturellen Bereich unterwegs ist, würde ich sagen: Da ist noch viel Luft nach oben, wenn man sich Nordrhein-Westfalen ansieht. Da ist bisher wenig so, wie es sein sollte. Man muss alleine nur schauen, welche Apps im Angebot sind, welche Museen schon digitalisiert sind, welche Zugänge dort vorhanden sind.

Hier ist in den nächsten Jahren Pionierarbeit zu leisten, Frau Ministerin. Da steht Ihnen einiges bevor. Wir halten das inhaltlich auch für richtig.

An der Stelle würde ich gerne eine Sache ansprechen, auch wenn das nur ein Aspekt oder ein Teilbereich ist, der aber aus meiner Sicht dazugehört. Zur Digitalisierung gehört nämlich auch eine Wertedebatte.

Im vergangenen Jahr habe ich eine große Ausstellung in der Bundeskunsthalle in Bonn besucht. Das war die Werkschau von Marina Abramović, einer der bekanntesten lebenden Performance-Künstlerinnen weltweit, die auch in der Historie von Joseph Beuys unterwegs ist. Man durfte in dieser Ausstellung, weil es lebende Kunstwerke gab, fotografieren, was ich gemacht habe. Einige Fotos habe ich dann in sozialen Netzwerken geteilt, also bei Facebook und Instagram. Beide Accounts wurden mir daraufhin gesperrt, weil auf einem dieser Fotos etwas nackte Haut zu sehen war. Von Instagram wurde mir angekündigt, sollte ich noch einmal ein solches Foto posten, würde mein Account unverzüglich gelöscht.

Das ist auch ein Teil von Digitalisierung. Ich war nicht auf der Reeperbahn unterwegs, sondern ich war in der Bundeskunsthalle in Bonn. Das gehört ebenfalls zur Digitalisierungsdebatte. Wir wissen, dass auch Bilder aus dem Louvre – Kunstschatze, 400 Jahre alt – mit Madonnengestalten, Engeln etc. nicht bei Facebook oder in anderen Netzwerken veröffentlicht werden dürfen, weil sie angeblich nicht dem internationalen Wertekontext entsprechen.

Ich meine, wenn man Digitalisierung vorantreibt, was natürlich völlig richtig ist, ist es auch eine Aufgabe von Kulturschaffenden, Museen, Leitern, Behörden, Ministerien etc., mit Anbietern in dieser digitalisierten Welt in eine solche Debatte einzutreten. Ich fände es gut, wenn wir hier nicht die Standards von Saudi-Arabien und anderen Ländern übernehmen würden, sondern die der westlichen Welt, in der wir leben und unterwegs sind, damit Fotos von Kunstwerken, die eindeutig als Kunstwerke zu erkennen sind, nicht zensiert und gelöscht werden, sondern auch in einer digitalisierten und digitalen Welt nicht nur live in den Museen, sondern auch im digitalisierten Universum erlebt und angeschaut werden können.

Sie haben auf jeden Fall die Unterstützung von der grünen Seite für den Antrag. Wir sind gespannt. Der von Herrn Bialas eingeforderte Bericht, was bisher passiert ist, interessiert uns natürlich auch. Es kann sozusagen nur noch mehr werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Klocke. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Tritschler.

**Sven Werner Tritschler (AfD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Recycling und der schonende Umgang mit Ressourcen sind mindestens genauso in Mode wie das Thema „Digitalisierung“. So ist der aktuelle Antrag aus der Reihe „Zukunft ist gut für uns alle“ in weiten Teilen wörtlich aus dem Digitalisierungsstrategiepapier der Landesregierung übernommen worden. Gerade eben habe ich noch gelernt, wo der Rest womöglich her ist.

Ich spekuliere jetzt nicht darüber, weshalb die regierungstragenden Fraktionen Anträge schreiben, mit denen sie ihre eigene Regierung dazu auffordern, Dinge zu tun, die sie sich längst vorgenommen hat. Das kann sich jeder selbst ausmalen. Vielleicht wollen die Kulturpolitiker auch einmal die neue junge, hippe Digitalisierungsthematik bespielen.

Dabei ist die aufgeworfene Thematik nicht neu, sondern beschäftigt Museen und Kulturbetriebe bereits seit über zehn Jahren. Beispielsweise hat die Kunstsammlung NRW bereits 2016 ihre digitale Strategie vorgestellt. Neben den drei physischen Standorten gibt es jetzt einen vierten in Form eines digitalen Hauses.

Aufgrund der Vielzahl der betroffenen Einrichtungen wird es aber kein allgemeingültiges Patentrezept zu diesen Fragen geben, sondern es müssen individuelle, auf die jeweilige Situation zugeschnittene Konzepte entwickelt werden.

Als besondere Herausforderung erweist sich in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage des Urheberrechts. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, das haben Sie in der Einleitung zwar richtig angesprochen, bei den konkreten Maßnahmen fehlt das aber völlig. Dabei ist das bei dieser Frage wahrscheinlich der entscheidende Knackpunkt.

Stattdessen findet man allerlei vage Wunschvorstellungen und Aufgabenbeschreibungen für die Landesregierung, die – das muss man wohl sagen – insbesondere für einen Antrag der regierungstragenden Fraktionen ausgesprochen dünn ausgefallen sind.

Der Antrag geht jetzt an den Ausschuss. Dem werden wir natürlich zustimmen. Ich hoffe allerdings, dass im weiteren Beratungsverfahren noch ein bisschen Fleisch an den Knochen kommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Tritschler. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

**Isabel Pfeiffer-Poensgen,** Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP.

Lieber Herr Bialas, natürlich gibt es schon viele gute Gedanken – die gibt es schon lange –, aber es braucht gerade in diesem Bereich auch Mittel, um solche Prozesse überhaupt systematisch vorantreiben zu können. Da sind wir jetzt ein bisschen besser dran.

Herr Klocke, natürlich finde ich auch, dass wir unbedingt eine Wertedebatte führen müssen. Das muss aber bundesweit geschehen. Im Bereich der Wissenschaft sind wir in vielen Teilen schon weiter. Bei vielen großen Projekten werden die Werte von Anfang an mitgedacht. In der Kunst müssen wir das auch unbedingt vorantreiben. Die Beispiele, die Sie genannt haben, sprechen für sich selbst.

Der erleichterte Zugang zum kulturellen Erbe für Wissenschaft, Forschung, Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit zählt zu den Schwerpunkten der Digitalisierungsaktivitäten im Land. Dazu gehört natürlich auch die Digitalisierung von Beständen aus Archiven und Bibliotheken.

Mit dem Digitalen Archiv Nordrhein-Westfalen, das unter Federführung des Landesarchivs entwickelt worden ist, verfügt das Land über eine technische und organisatorische Lösung, um Digitalisate und originär digital entstandene Werke dauerhaft zu archivieren und zu sichern; das ist ja immer auch ein riesiges technisches Thema.

Ich komme auch gerne nach Wuppertal. Das Pina Bausch Archiv in Wuppertal ist ein herausragendes Beispiel für eine innovative Archivierungsstrategie.

Weitere Projekte werden derzeit im Rahmen der „Stärkungsinitiative“ vorbereitet. Auch die digitale infrastrukturelle Ausstattung von Museen und Kultureinrichtungen soll im Rahmen der „Stärkungsinitiative“ vorangetrieben werden.

Die Landesregierung hat – das wurde hier eben erwähnt – schon letztes Jahr zum ersten Mal einen Investitionsfonds zur Ertüchtigung der kulturellen Infrastruktur aufgelegt, um Erstausrüstung, Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur von Kultureinrichtungen gerade auch im digitalen Bereich zu fördern. Wir sind ein bisschen überwältigt worden von der unglaublichen Menge an Anträgen, die wir natürlich gar nicht alle bedienen konnten. Deswegen werden wir versuchen, das in überarbeiteter Form auch in diesem Jahr wieder aufzulegen.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Digitalisierung für Museen ist vonseiten der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die hier eine gewisse Führungsposition übernehmen muss, eine digitale Strategie erarbeitet worden, die wir gerade im Gespräch weiterentwickeln und die dann auf andere Museen im Land übertragen werden kann.

Das Thema „kulturelle Teilhabe“ ist dabei ebenfalls wichtig. Dies fördert die Landesregierung durch ver-

schiedene Förderprogramme; neben „Künste im interkulturellen Dialog“ gibt es noch viele andere. Auch bei der Konzeption solcher neuen Förderformate ist die Digitalisierung gerade im Hinblick auf eine kulturelle Teilhabe eine riesengroße Chance.

Mit den Museen des Landes, insbesondere den Kunstmuseen, bin ich derzeit im kontinuierlichen Austausch, um die mit der Digitalisierung einhergehenden Fragestellungen zu erörtern. Wir werden auch entsprechende Workshops mit den Museen veranstalten.

Zusätzlich haben wir natürlich – das klang hier auch schon an – die konkrete Vorstellung, die Qualifikation Kulturschaffender im digitalen Bereich zu stärken. Dazu sind wir in einem Dialog mit den Kunst- und Musikhochschulen; insofern kommt die Zusammenlegung der Bereiche Kultur und Wissenschaft auch unter diesem Aspekt zum richtigen Zeitpunkt. Dort geht es insbesondere darum, den nachwachsenden Generationen von Kulturschaffenden die digitalen Möglichkeiten zu eröffnen und ihnen das grundlegende technische Know-how in der Ausbildung zu vermitteln. Zudem legen die Hochschulen auch großen Wert darauf, die sich ergebenden neuen Möglichkeiten mit den Studierenden künstlerisch zu reflektieren.

Obwohl einzelne Einrichtungen bereits heute digital sehr gut aufgestellt sind – der eine oder andere von Ihnen mag das Institut für Musik und Medien an der Robert Schumann Hochschule Düsseldorf kennen – besteht noch großer Bedarf an entsprechend qualifiziertem Personal und einer adäquaten digitalen Ausstattung. Da liegt also auch noch eine Menge vor uns.

Die Landesregierung hat – das wird der eine oder andere schon kennen – im Hinblick auf diese Bedarfe im Kontext der Hochschulen die Digitale Hochschule NRW als neue Förderstruktur eingerichtet und auch mit – wie sagt man heute? – nachhaltigen Mitteln über Jahre wirklich dazu in die Lage versetzt.

Bibliotheken und Landesarchive hatte ich bereits erwähnt. Sie sind da schon relativ gut aufgestellt. Aber die Ausstattung ist natürlich immer noch ein Thema.

Bezüglich der Qualifikation Kulturschaffender in diesem Bereich wurde hier bereits das [medienwerk.nrw](http://medienwerk.nrw) erwähnt, das für uns ein sehr wichtiger Partner ist.

Insofern begrüßen wir auch den Vorschlag, zu prüfen, wie die digitale Kunstproduktion stärker gefördert werden kann. Hier werden wir schwerpunktmäßig im Kontext der Ruhrkonferenz einige gute Ideen entwickeln können, wie man Orte schaffen kann, in denen State of the Art digital gearbeitet werden kann. Das wäre jedenfalls mein Wunsch.

Ein Produktionszentrum in diesem Bereich der Digitalität, das inzwischen auch von Bund und Land gefördert wird, gibt es bereits. Das ist die Akademie für

Digitalität und Theater in Dortmund, die hier ein Vorreiter ist und Weiterbildung, Forschung, künstlerische Produktion und Ausbildung durchführen möchte. Ich halte das für ein sehr interessantes Projekt, das auch weit über Nordrhein-Westfalen hinaus auf Interesse stoßen dürfte.

Es gibt also eine Menge Aktivitäten und Ansätze im Land. Allerdings müssen wir auch schauen, dass wir an der rasanten Entwicklung gewissermaßen dranbleiben. Ich freue mich auf die Diskussion und das gemeinsame Nachdenken darüber. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Pfeiffer-Poensgen. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Deshalb kommen wir nun zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/4635** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Die abschließende Abstimmung – und natürlich die vorherige Beratung – soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Alle sind dafür. Dann soll es so sein. Damit ist überwiesen. – Herzlichen Dank.

Mehr haben wir heute nicht auf der Tagesordnung stehen. Das ist natürlich bedauerlich. Ich weiß aber, dass alle noch etwas zu tun haben. Auf geht's also in ein arbeitsreiches Wochenende, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 20. Februar 2019, 10 Uhr, an gleicher Stelle.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Tag.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:35 Uhr**

---

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)  
Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.